

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Annoncen-
 zeile oder deren Raum 40 bis. Die
 vollständige und gewerkschaftliche Anzei-
 gen- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Meine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Quotante für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der französische Generalstreik vor der Kammer.

Paris, 25. Oktober. (Fig. Ver.)

Die zweitägige Streikbewegung drehte sich vornehmlich um drei Punkte: die Ursachen des Generalstreiks, nebst den Forderungen der Bergarbeiter, die schiedsgerichtliche Beilegung des Streiks und die militärischen Maßnahmen der Regierung. Die beiden ersten Punkte wurden von Jaurès und Basly behandelt, und ihre Reden gestalteten sich zu einer beweiskräftigen Abrechnung mit der Profitgier der Grubenbesitzer. Ebenso ist es als ein — vorläufig freilich nur moralischer und parlamentarischer — Erfolg zu betrachten, daß die große Mehrheit der Kammer sich für eine schiedsgerichtliche Aktion der Regierung ausgesprochen hat. Dagegen ist hinsichtlich der Einmischung der Armee in die Streiks alles beim alten geblieben. So energisch, so wirkungsvoll und konsequent die ministeriellen Sozialisten die wirtschaftliche Seite der Bergarbeiter-Bewegung behandelten, so unsicher und widerspruchsvoll war ihr Auftreten, wo die ordnungsvolleren Maßnahmen der Regierung in Frage kamen. Für die konsequente Wahrung der proletarischen Interessen gegenüber der üblichen kapitalistischen Streikpolitik des Ministeriums sorgte einzig die revolutionär-socialistische Kammerfraktion.

Jaurès und Basly haben ein reiches Zahlenmaterial beigebracht, welches die von den Kohlenbaronen vorgenommenen Lohnreduktionen ins rechte Licht rückt. Man hat es da einfach mit einer grenzenlosen Profitgier zu thun, wie sie nur von dieser privilegierten Ausbeuter-schicht beherrscht wird. Aus Jaurès' Rede ist folgendes zu entnehmen: Vom Ende des Jahres 1898 bis zur Mitte 1900 ist der durchschnittliche Kohlenpreis um 10 und selbst um 12 Fr. pro Tonne gestiegen, d. h. er hat sich fast verdoppelt. Und 1901 blieb der Preis ziemlich auf der gleichen Höhe. Demgemäß sind die Dividenden der Grubenaktionäre 1898—1899 von 40 auf 60 Millionen und 1899—1900 auf 105 Millionen Fr. gestiegen. Das ist aber nur der verteilte Reingewinn. Daneben haben die Compagnien im bezeichneten Zeitraum nicht weniger als 180 Millionen Fr. jährlich dem Reservefonds zugewiesen. Wie groß ist nun die mit so schweren Anstrengungen und teilweise durch Streiks von den Arbeitern in der Blütezeit erlangte Lohnhöhe? 1899 stieg die totale Lohnsumme um 11 Millionen, 1900 um weitere 21 Millionen, zusammen von 183 auf 215 Millionen. Aber wohlgemerkt, das Steigen der totalen Lohnsumme erklärt sich zur Hälfte durch die Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter. 1899 wuchs diese Zahl um 5000 Arbeiter, 1900 um weitere 9000 Arbeiter, und in den beiden Jahren zusammen zählte man 3213 000 Arbeitstage mehr. In Lohn umgerechnet bedeutet das eine Mehrausgabe von mindestens 15 Millionen. Bleibt eine wirkliche Lohnsteigerung von 17 Millionen gegenüber einem unternehmerischen Mehrgewinn von 245 Millionen! Die Verteilung des Gesamtertrages der Gruben stellt sich in der Blütezeit wie folgt dar: 215 Millionen Frank als Lohn, 105 Millionen als Dividende und 180 Millionen unter dem Namen von „Reserve“ versteckter Profit, den man nicht gewagt hat, auf der Oberfläche als Dividende zu zeigen, der aber den Wert der Aktien, den tiefen und dauernden Reichtum der Grubenbesitzer gesteigert hat.

Also selbst zugegeben, daß die Compagnien richtige Angaben über das Fallen der Kohlenpreise 1902 machen, sind die Lohnreduktionen gänzlich ungerechtfertigt. Werden doch die ungeheuren Reservefonds in Hinblick auf die Stabilität der hohen Dividenden aufgespeichert. Warum soll nun diese Stabilität nicht auch der geringfügigen Lohnsteigerung zu teil werden?

Im einzelnen wies Jaurès nach, daß die Lohnreduktionen im Pas-de-Calais und in der Loire auch noch jetzt eine entsprechende Zunahme des Mehrgewinnes der Compagnien bedeuten, des Mehrgewinnes im Vergleich mit der Zeit vor 1899. Um so mehr, als die abgeschlossenen langfristigen Kaufverträge von der angeblichen Abschwächung der Kohlenpreise jedenfalls nicht berührt werden.

Was Jaurès für die gesamte Kohlenindustrie nachgewiesen, hatte vorher Basly für die nordliche Region gethan unter Anführung einer langen Reihe von Zahlen über die Lage der einzelnen Gruben, deren Dividende und Aktienwert zu geradezu fabelhafter Höhe emporgeschwollen sind — und in einem erstaunlichen, sonst in keinem Produktionszweig anzutreffenden Mißverhältnis zum ursprünglichen Anlagkapital stehen. Den Vogel haben die Compagnien von Béthune und von Lens abgeschossen: gegründet 1851 mit einem Kapital von wenigen Millionen, erzielte sie 1896 einen Gewinn von 2 110 678 Fr., 1901 aber einen solchen von 12 Millionen. Uebrigens hat diese Compagnie in den letzten zwei Jahren keine Bilanz veröffentlicht, um so die wahre Höhe ihres Profits zu verheimlichen. Die Compagnie von Lens wurde 1865 gegründet mit einem Kapital von drei Millionen, geteilt in 3000 Aktien zu 1000 Fr., von denen aber nur 300 Fr. eingezahlt wurden. Jetzt ist jede Aktie in hundert Teile geteilt. Ein Hundertstel Aktie stieg nun 1897 auf 285 Fr. und 1901 auf 655 Fr. mit einer Dividende von 30 Fr. pro Hundertstel oder 3000 Fr. pro Aktie gegenüber einer Dividende von 1000 Fr. im Jahre 1897.

Gegen diese erschreckenden Zahlen konnten die Vertreter der Compagnien rein gar nichts vordringen. Sie beschuldigten dagegen allen Ernstes die Regierung, die „Arbeitsfreiheit“ nicht geschützt zu haben!

Ministerpräsident Combes mußte demgegenüber antworten: „Sie würden also gewünscht haben, daß es zu Erschießungen gekommen wäre?“ Denn die Regierung hat doch selbst nach Montceau-les-Mines, wo die Arbeiter dem Streik fernbleiben, vor-

zugslos eine enorme Truppenmacht beordert. Wie der revolutionär-socialistische Abgeordnete Souverbi mitteilte, hat die dortige Gruben-Compagnie seit mehr als einem Monat auf den Wunsch des Präfecten Paraden errichtet zur Einquartierung von Militär. Gegenwärtig ist Montceau von sechshundert Gendarmen, mehreren Schwadronen Kavallerie und zahlreichen Bataillonen Infanterie besetzt. Ebenso klagte der revolutionär-socialistische Abg. Thibrier über das enorme Truppenangebot im Departement Allier. Dort haben in einigen Orten die Gendarmen sogar versucht, den Compagnien Schlepperdienste zu leisten: sie besuchten die Ausständigen zu Hause und forderten sie auf, die Arbeit wieder aufzunehmen! Vielfach wurden Truppen entsendet auf das direkte Verlangen der Grubenbesitzer, die den Behörden falsche Alarmnachrichten übermittelten.

Von ministeriell-socialistischer Seite sprach gegen die militärischen Maßnahmen der Abgeordnete von St. Etienne, Briand, unter ausführlicher Schilderung der Vorgänge in Terrenoire. Er berichtete die bezügliche offizielle Darstellung auf Grund seiner persönlichen Enquete in einem sehr wesentlichen Punkt. Der müdeberische Gendarm hat den Schuß abgegeben, ohne daß die Arbeiter vorher auch nur einen einzigen Stein geschleudert hätten. Das dem Schuß vorausgegangene Handgemenge aber wurde dadurch hervorgerufen, daß der Gendarm einen Arbeiter hatte verhaften wollen, und zwar wegen eines krummen Wortes über die Nichtverhaftung des mörderischen Wächters, der den jungen Mauras schwer verwundet hatte. Und die angebliche „Menge“, die in der offiziellen Meldung noch etwa dreißig Mann stark gewesen sein soll, bestand in Wirklichkeit nur aus zehn bis fünfzehn Personen. Auch Briands Ausführungen über die allgemeine Rolle der Armee in den Streiks waren sehr eindrucklich. Er verlangte, ohne darauf zu rechnen, die Einleitung einer neuen, „endlich republikanischen“ Politik in Streiksachen. Der von den Gewerkschaften erreichte Entwicklungsgrad habe das Mißtrauen der Bevölkerung bedeutend vermindert. Die Regierung könnte mit Vorteil die Streikvolizei der disziplinierten Kraft der Gewerkschaften überlassen. Zum Schluß drückte Briand seine Hoffnung auf eine zufriedenstellende Antwort der Regierung aus.

Die Antwort des Ministerpräsidenten war aber ebenso kurz wie verlegen. Er suchte es offensichtlich wieder mit dem äußersten Linken, noch mit dem äußersten rechten Flügel seiner Mehrheit zu verberben. Da er aber zugleich auf die hinter der Opposition stehende kapitalistische öffentliche Meinung Rücksicht nehmen mußte und wollte, während die Treue seiner äußersten Linken ihm genau bekannt ist, so fiel seine Antwort schließlich zur Zufriedenheit der Bourgeoispartei von links und rechts aus. Der „Temp“ erteilt ihm das Lob, die Sprache eines „Regierungsmannes“ geführt zu haben, und bedauert, daß die Ministern die Vertrauensformel nicht votiert haben. In der That. Neben der Wiederholung der Reformversprechungen zu Gunsten der Bergarbeiter — ein Punkt, in welchem sämtliche Parteien zumal in der Deputiertenkammer mehr oder minder ausdrücklich übereinstimmen — betonte der Ministerpräsident unter dem Beifall der Bourgeoisrepublikaner die Unentbehrlichkeit der Truppenentsendungen in die Streikgebiete und gab dabei die üblichen ordnungsvolleren Phrasen zum besten, nur daß er sie in farbloser Form vortrug. Ebenso fanden den Beifall der Ministern seine Vorbehalte in Bezug auf die schiedsgerichtliche Aktion der Regierung, die ja nicht „auf dem Wege gebietlicher und allgemeiner Vorschriften“ vorgehen dürfe. Eine desto äbler angebrachte Erklärung, als die Kohlenbarone ohnehin schon alles versucht werden, um die schiedsgerichtliche Aktion zu lähmen.

Trotzdem aber erforderte es die Stellung der ministeriellen Sozialisten im Regierungslokal, daß ihr Delegierter im Kartellvorstand, Jaurès, neben den Delegierten der drei anderen Kartellgruppen auch diesmal die von der Regierung zu genehmigende Resolution mit beantragte, eine Resolution, welche u. a. „das Vertrauen in die Festigkeit und Klugheit der Regierung ausdrückt, zugleich die Arbeitsfreiheit und die freie Ausübung des Streikrechts aufrechtzuerhalten“, d. h. indirekt die militärische Einschüchterungsaktion billigt. In der Abstimmung über jenen Absatz der Resolution haben sich übrigens neben der revolutionär-socialistischen Fraktion sieben ministerielle Sozialisten, darunter Briand und Pressensé, enthalten, alle übrigen stimmten dafür. Aber auch die von ministeriell-socialistischer Seite beantragte selbständige Resolution wagte es merkwürdigerweise nicht, die Zurückziehung der Truppen zu fordern.

Was über die militärischen Maßnahmen und die ganze Streikdebatte von socialistischer Seite zu sagen war, das hat der Revolutionsvorschlager der revolutionär-socialistischen Fraktion gesagt: „Die Kammer verurteilt die bewaffnete Einmischung der Regierung in die Streiks, eine Einmischung, die unter dem Vorwand des Schutzes der Arbeitsfreiheit gänzlich gegen den Streik und die Streikenden gerichtet ist; sie ladet die Regierung ein, die gesamte militärische und polizeiliche Macht aus den Gegenden, wo die Bergarbeiter die Arbeit eingestellt haben, sofort zurück-zuziehen, und beschließt, im Laufe der gegenwärtigen Session die mit dem Streik verknüpften Fragen (Arbeitsvertrag, Lohnminimum und Alterspensionen) zur Beratung zu stellen, um sie im Sinne der Forderungen der Bergarbeiter zu lösen.“ In der Prioritätsabstimmung erzielte diese Resolution 54 gegen 487 Stimmen. Die ministeriellen Sozialisten stimmten allerdings dafür, ausgenommen Millerand, der sich neben mehreren Unkorrekten der Abstimmung enthielt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober.

Der Reichstag

setzte am Montag bei sehr schwacher Besetzung des Hauses die Verhandlungen über die Höhe auf Rindvieh fort. Herr Dr. Müller-Sagan bestätigte Vebels Angaben über die Abhängigkeit der Tierärzte von den Agrariern und wies auf die ungenügenden Befoldungsverhältnisse der Tierärzte als Grund dieser Abhängigkeit hin. Er führte den Nachweis, daß die Landwirtschaft den deutschen Viehbedarf nicht zu decken vermag und forderte die Beseitigung der Grenzbeschränkungen unter Aufrechterhaltung einer sanitären Kontrolle. Sehr jaghaft klang die Verteilung der Minimalzölle auf Vieh, die der Redner des Centrums, Herr Dr. Spahn, zu geben versuchte. Er und ebenso später auch sein Fraktionskollege Dr. Becker sprachen die Hoffnung aus, daß die Beratungen doch noch zu einer Verständigung führen möchten, nur scheint Herr Dr. Spahn viel inbrünstiger an das Zustandekommen des Tarifs zu glauben, als Herr Dr. Becker.

Der nationalliberale Abg. Semler versuchte sich in einer ausdringlichen Polemik gegen die „Obstruktion“, die nach seiner Meinung schon dann vorhanden ist, wenn die Vorlage nicht „prompt“ erledigt wird. Dann unternahm er es, an den statistischen Grundlagen der Vebelschen Beweisführung zu rütteln, mußte sich aber nachher von Vebel in einer persönlichen Bemerkung sagen lassen, daß er die entscheidenden Sätze seines Redners vollkommen falsch wiedergegeben oder nicht verstanden habe.

Der jüngst gewählte konservative Abgeordnete v. D i e n - b u r g - Januschau gab als künftiger Nachfolger Wangenheim in der Leitung des Bundes der Landwirte seine Bistentarte beim Reichstag ab. In der Tonfarbe erinnert der Redner stark an den Grafen Kanitz, persönlich aber neigt er weniger zu der Magerkeit des Don Anichote als zu der Veleitheit Sancho Panzas. Ganz wertvoll war ein Geständnis, das dem parlamentarischen Neuling einschlichfte, das Geständnis, daß der Bund der Landwirte auch die Großen schützen wolle und nicht nur die Kleinen. Die Minimalzölle bezeichnen Herr v. Oldenburg als Ausfluß des Mißtrauens gegen die Regierung. Der einzige Minister, dem er volles Vertrauen entgegenbringt, scheint Herr v. Roddebeck zu sein; ihm streute er etwel Beifpruch. Recht naiv klang es, als der Redner sich auf das Zeugnis seines Berliner Hotelwirts dafür berief, daß von einer Fleischsteuerung nicht die Rede sein könne.

Von der Linken kam noch der Abg. Bachnick zu Wort, der auf eine Beschleunigung der Erhebungen der Regierung über die Fleischnot drängte und die protektionistische Tendenz des Fleischbeschau-Gesetzes nachwies.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. Wieder wird um 12 Uhr begommen, obwohl die Kommission für den Rinder-schutz am Vormittag eine Sitzung abhält.

Der Bund mit dem doppelten Boden.

Nach der Stunde hat die „Deutsche Tageszeitung“, mit der der Direktor des Bundes der Landwirte Friedrich Sahn doch einige Beziehung haben dürfte, noch kein Wort auf die Behauptung gefunden, daß dieser Herr mit dem moralischen Doppeltariff sein möglichstes gethan hat, um das Scheitern der elenden Flottenpolitik zu Fall zu bringen, gegen die zu stimmen er selbst und seine Freunde zu feige waren.

Es ist nützlich, die heimliche Enthüllung im stenographischen Wortlaut festzuhalten. Der Centrums-Agrarier sagte im Reichstage:

„Da erinnere ich mich an das Wort von der gräßlichen, scheußlichen Flotte, und mir ist es passiert, als die Flotte in diesen hohen Hause eine Rolle spielte, da ist auch an mich herangetreten worden von einem Herrn — ich bin heute noch nicht indiskret, ich stehe auf dem Standpunkte, solche Dinge soll man immer lange in der Tasche behalten, und wenn man einmal spricht, dann gleich gut, dann müssen mehrere hintereinander fallen bei dem durchschlagenden Geschäft. Man hat mich beschworen, schriftlich sogar — da kann nichts geleugnet werden —, ich möchte auf meine Parteikollegen einwirken, daß diese elende Flottenpolitik zum Scheitern käme, und ich habe mich gekreut, daß diese Vorlage in den Reichstag käme. Ich habe dagegen gestimmt und habe erwartet, daß ich die Herren vom Bunde der Landwirte auf meiner Seite haben würde. Fast umgefallen er hat mich. Wie ich sehe, daß die Leute mit Ja stimmen, habe ich nicht mehr gewagt, wie ich dran bin, ich habe meinen Augen und meinem Verstand nicht mehr trauen können, wie man derartig, ich möchte fast sagen, mit der Ueberzeugung spielen kann, daß man etwas als seine Ueberzeugung hinstellt, und wenn es zum Treiben kommt, die Sache ganz anders ausgeht.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ quittiert heute unter dem Titel „Ruhig weiterkämpfen lassen“ wie folgt:

Die Centrumpresse hat in diesen Tagen ein voll gerüstet und geschüttelt Maß herber Unbewusstseins auf dem Bund der Landwirte ausgegossen. Sie hat sein Vorgehen als engherzig und einseitig, als unsachlich und maßlos bezeichnet, hat ihm Behältnisse und Beschäfte vorgeordnet und von seinen Tauschspielern Kunststücken geredet. Uns lassen diese vornehmen Fremdblichkeiten recht kühl. Es ist eine alte gute Gepflogenheit, daß man einen Mann, dem etwas in die Quere gekommen ist, eine Beilang sich aussprechen und ausschimpfen

Wkt. Die Taktik des Bundes der Landwirte ist dem Centrum sehr unangenehm in die Quere gekommen, deshalb sind wir gern bereit, ihm gegenüber von dieser alten Gepflogenheit nicht abzuweichen.

Alle „Schimpfereien“ erwähnt die „Deutsche Tageszeitung“, nur die eine Heimische Beschuldigung nicht.

Die Milliarden-Flottenvorlage wurde im Sommer 1900 mit nur 201 gegen 108 Stimmen angenommen. Hätten sich damals die Kampagne des Bundes der Landwirte, wenigstens die 7 1/2 Mark-Zöllner gegen die Politik der Flottenliebhaber erklärt, so hätte dieser für das Reich ruinöse Sport verhindert werden können.

Aber die Agrarier verschärferten ihre Ueberzeugung gegen die zu erwartenden Zölle, die sie nicht zu erlangen fürchteten, wenn sie sich durch ihren Anti-Marinismus mißliebiger machten. Hier ist der Punkt erreicht, wo die parlamentarische Diplomatie in parlamentarische Korruption umschlägt. Für Zölle ist den Agrariern alles feil, die Politik ist ihnen das Instrument der mittelbaren oder unmittelbaren persönlichen Bereicherung. Der Aushandel wird zum unverschämten Betrug und Schwindel und die Ehre und das Ansehen des Parlamentarismus geschändet.

Schon im Interesse parlamentarischer Sittlichkeit und persönlicher Integrität muß dem Einfluß der Agrarbefugten vom Ueberzoll ein Ende bereitet werden, die die Gesamtpolitik lediglich als ein Warenlager von Kompensationen und Objekten zur Erpressung staatlicher Milionengeschenke betrachtet.

Die Unzuverlässigkeit des Centrum und die struppellose Unehrlichkeit und Heuchelei der Agrarkonservativen vernichten alles Gefühl für Wahrheit und Würde. Es wird an den Wählern kein, endlich eine Abrechnung mit den heute herrschenden Parteien zu halten, die den Reichstag endlich aus dem Schlamm kleinsten Schadens befreit.

Deutsches Reich.

Zoll-Schwänger. Die Zollparteien halten es bereits nicht mehr für der Mühe wert, einigermassen vollzählig im Reichstage zu erscheinen. Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht diese Schwängerer sogar zu entschuldigen. Es sei, meint sie, „sein allzu schüchternes Vergehen, wenn die Abgeordneten es nicht für ihre Pflicht erachten, die Zuhörerschaft des Herrn Abg. Vebel zu verneinern“. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ genügt es für die Zollparteien, zur Stelle zu sein, wenn namentliche Abstimmungen zu erwarten sind, sonst aber dürfen sie gestrost schwänzen.

Das sind dieselben Leute, die sonst sich stets um das Ansehen des Reichstags belagert aufspielen. Sie scheuen sich nicht, von den wichtigsten Verhandlungen fern zu bleiben.

Die Herren sollten nicht allzu leichtfertig den Ernst der Reichstagsberatungen herabsetzen. Es könnte sonst geschehen, daß die Zolloppektion erklärt, vor leerem Hause überhaupt nicht weiter beraten zu wollen. Dann müssen die Herren am Plage sein, wofür sie nicht wollen, daß die Weiterberatung ihres Tarifs unmöglich wird.

Es ist ein starke Zumutung an die Opposition, eine Gesetzesvorlage, die sie als gemeingefährlich bekämpft, fortzubekämpfen, während ihr durch das pflichtwidrige Schwänzen der Zollfreunde das Recht und die Möglichkeit gegeben ist, die Beratungen kurzer Hand abzubrechen!

Ein Antrag auf Aussetzung der Zollberatung wird nach der Abstimmung über die Viehzölle von Seiten der Freisinnigen Vereinigung im Reichstage gestellt werden.

Man haben bereits die Vertreter der Mehrheitsparteien angekündigt, daß diese Parteien die Beratung fortführen wollen in der Hoffnung, daß noch etwas fertig zu bringen sei. Danach hat die Opposition berechtigten Anlaß, auf Abbrechung der Beratungen zu dringen und den Zöllnern hierzu Gelegenheit zu bieten. Die Opposition sichert sich so gegen jeden etwaigen zukünftigen Vorwurf, daß sie Schuld trage an einer die Geduld der Zöllner auf eine schwere Probe stellenden Weiterberatung.

Uns liegt nichts an der Fortberatung. Die Zöllner mögen ausdrücklich feststellen, daß sie die Weiterberatung wollen. Dann aber dürfen sie sich auch nicht beklagen, wenn diese Arbeit in der erforderlichen Gründlichkeit ausgeführt werden wird.

Dunkle Zettelungen auf Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags werden, wie es scheint, andauernd in einigen Abgeordnetenkreisen betrieben. Der „Kat. Jtg.“ wird hierüber von parlamentarischer Seite mitgeteilt:

„Centrums-Abgeordnete sind an Mitglieder anderer Parteien mit Vorschlägen auf Aenderung der Geschäftsordnung herangetreten, welche u. a. dahin gehen, die namentliche Abstimmung nicht nur für geschäftliche Entscheidungen, wie den Schluß der Debatte, sondern für alle Abstimmungen über Einzelbeschlüsse abzuschaffen, so daß namentliche Abstimmung nur noch für die Gesamtentscheidung über Vorlagen am Schluß der Verhandlung zulässig sein würde. Offenbar liegt bei derartigen Plänen die Absicht zu Grunde, wenn eine solche Aenderung der Geschäftsordnung erst durchgeführt wäre, bei der Beratung des Zolltarifs immer zahlreiche Positionen zusammenzufassen. Durch die Kombination dieser beiden Maßnahmen könnte der Versuch, die Durchberatung des Tarifs zu einem leeren Schein zu machen, immerhin erleichtert werden; ob der Versuch aber selbst dann gelingen würde, steht sehr dahin. Von national liberaler Seite ist die Centrums-Antwortung abgelehnt worden.“

Es wäre wünschenswert, daß der parlamentarische Gewährsmann der „Kat. Jtg.“ genauere Mitteilungen sowohl über den Inhalt dieser „Anregungen“ als auch über die Personen waden würde, die in dieser Art durch Gewaltfreie gegen die Geschäftsordnung die Zuhörervorlage zu sichern versuchen.

Uebrigens nehmen wir — so gern wir glauben, daß allerlei solche Zettelungen bei den Zollfreunden umgehen — diese Dinge nicht allzu ernst. Denn wir bezweifeln vorläufig, daß das Centrum Neigung hat, sich durch parlamentarische Brutalktäten der bezeichneten Art selbst zu schänden und dazu sich einer ebenso schweren wie sicheren Niederlage auszusetzen.

Ein freisinniger „Heim“.

Nicht nur im Württembergischen Landtag giebt es volksparteiliche Agrarier. Auch der Reichstag hat jetzt in der Partei Eugen Richters einen Mann aufzuweisen, der nicht nur Kommissionszöllner sondern gleich Ueberzöllner ist.

Für den Heimischen Antrag, den Minimalzoll für Gerste auf 8 Mark zu bemessen, hat nämlich auch der freisinnige Volksparteiler Ritter, Vertreter des 7. Wahlkreises Merseburg munter gestimmt.

Es ist doch ein Glück, daß Eugen Richters Abstimmungsmodus „von oben herab“ angenommen worden ist, sonst hätte man vielleicht niemals von dieser freisinnigen „Unterströmung“ erfahren. Nachdem Herr Ritter übrigens sein Heimisches Gerstenherz bekannt, scheint man ihn in Parteimasse genommen zu haben, wenigstens hat er bei den folgenden Abstimmungen unentschieden geblieben.

Man begreift nach diesem Vorkommnis, warum der freisinnige Führer eine parlamentarische Taktik in der Zollfrage einschlägt, die lediglich darauf berechnet ist, den Tarif durch Annahme aus der Welt zu schaffen.

Der „Unfuss“ des Reichstags-Abgeordneten von Treuenfeld. Man schreibt uns aus Gifhorn: Am 6. März v. J. erstattete Herr von Treuenfeld in Gifhorn in einer vom konservativen Wahlverein des VI. mecklenburgischen Wahlkreises einberufenen Versammlung Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit — er ist Abgeordneter dieses Kreises. Seine Stellung zu den Getreidezöllen begründete er folgendermaßen:

„Die Gerichte, die über einen 7—8 Mark-Zoll im Umlauf sind, berühren mich nicht. Ich halte einen solchen Zoll für einen Unfuss in Anbetracht dessen, daß dadurch dem kleinen Mann das Brot zu sehr verteuert würde.“

Und am 21. Oktober ging Herr von Treuenfeld hin und stimmte für den 7,50 Mark-Zoll der Wähler. Größer kam ein Reichstags-Abgeordneter seine Thätigkeit wohl selbst nicht bezeichnen, als daß sie Unfuss sei.

Kommandierende Generale als Justizhändler. Es wird jetzt bestätigt, daß der Redakteur Hoffmann, der wegen Preßvergehens acht Tage Gefängnis erhalten hatte, mit einem Justizhändler zusammengekauft vom Weichener Bahnhof nach dem Landgericht transportiert wurde.

Es wird also weiter gebredet. In Oberschlesien macht man das eben so!

Als Hoffmann den Beamten darauf aufmerksam machte, daß er nur wegen Preßvergehens verurteilt sei und nur noch wenige Tage abzusitzen habe, daher ein Fluchtversuch ausgeschlossen sei, meinte der Beamte, es würde Hoffmann noch öfter passieren, daß er gefesselt werden müsse.

Diese preussische Kulturverschmähung wird nur dadurch möglich, daß es noch immer kein Strafvollzugs-Gesetz im Reiche giebt. In America preist ein deutscher Prinz die Redakteure als kommandierende Generale in Preußen treib, man sie mit Justizhändlern vor sich her.

Wird endlich nun einmal an einem solchen Unterbeamten ein Exempel statuiert werden? Freilich das Votum ist gegenwärtig bei uns vogelfrei, und so mag ein Gendarm am Ende glauben, er verdiene sich damit einen Orden, wenn er einen polnischen Preßschmierer zwihebt, als wäre er Lehrer in Trakehnen.

Uebrigens benahmen sich auch in anderen Gegenden Leute wie ober-schlesische Gendarme. Die „Münchener Post“ hatte kürzlich einen Artikel über Soldatenmishandlungen gebracht, die ein Lieutenant Neuf verübt hatte. Bei der Verhandlung vor dem Militärgericht wurde der Redakteur der „Münchener Post“, Genosse Gendler, als Zeuge geladen. Nachdem er schon den Saal verlassen, rief ihm der Oberleutnant v. Massen, der Verteidiger des Soldatenmishändlers nach:

„Der Herr Zeitungsschmierer drückt sich!“

Die Forderung wurde dem Genossen Gruber mitgeteilt und er wird nun gegen den Oberleutnant Beleidigungsklage erheben.

Sollte nun der Herr v. Massen wegen Beleidigung seine vier Wochen Gefängnis erhalten, mit wem wird man ihn dann durch die Strahlen schleifen?

Die „Meinisch-Westfälische Zeitung“ ist ungehalten über den „Flegelhaften Ton“, in dem ihre Wilton-Märchen von der „Nordd. Allg. Zeitung“ demontiert worden sind.

Solche Demontierungen seien „leere Phantasiegebilde und spiegeln einfach Wünsche einer einfuhreichen Person wider.“

Das Blatt schließt mit der Drohung:

„Wir können aber doch dem Preßbureau raten, mit dem maßlosen Geschimpfe etwas vorsichtiger zu sein; es möchte uns schließlich die Geduld reizen und wir gezwungen werden, jede Mißthat auf Personen fahren zu lassen; wir würden dann von gewissen Agentenreisen erzählen können, welche doch die Frage der Boeren-Audienz sehr unangenehm erneuern dürfte.“

Wenn das Blatt was weiß, warum begnügt es sich mit dunklen Drohungen?

Carnegies Vorkauf. „Wolffs Bureau“ erzählt jetzt, daß Carnegies Univeritätsrede in St. Andrew in einer Broschüre gedruckt vorliegt. Carnegie habe diese Broschüre vorgelesen und auf Seite 43 — das Ding scheint danach recht umfangreich zu sein — auch die Stelle über Wilhelm II. Mißton, wie Zuhörer versichern. Danach hätten die englischenblätter aus Schamung gegen Carnegie die — phantastische Stelle unterdrückt, die das Berliner Telegraphenbureau als Staatsereignis der Welt telegraphisch übermitteln hat.

Zum Dresdener Schulfundat.

Die Preußen polnischer Abstammung hatten nach den Dresdener Vorgängen vielfach Sammlungen zu Gunsten der Familien der Verurteilten veranstaltet. Dies Liebeswerk sollten sie aber nicht ganz ungestört verrichten. Bald bewies die Staatsanwaltschaft, daß sie auch hier auf dem Posten sei. Zwei Polen, die in ihrer Wohnung freiwillige Beiträge entgegen genommen hatten, wurden beschuldigt, eine der im ganzen Königreich erlassenen Regierungs-Polizei-Verordnungen verletzt zu haben, wonach öffentliche Kollekten nur mit Genehmigung der Oberpräsidenten veranstaltet und ausgeführt werden dürften.

Das Landgericht Onsen verurteilte auch die Angeklagten, das Kammergericht hob jedoch dies Urteil wieder auf und sprach sie mit folgender Begründung frei: Ein Verbot öffentlicher Kollekten bezog eine Beschränkung im Sinne der angezogenen Verordnung sei nur zulässig, soweit es sich um Hauskollekten handele, das heißt um solche, wo die Beitragssammler von Haus zu Haus gingen und zum Zweck des Sammelns in die Häuser eindringen. Aus diesem Grunde mißfiel die beiden Angeklagten freigesprochen werden, da ihnen ja das Geld ins Haus getragen worden sei.

Ein anderer Angeklagter W. sollte ebenfalls die fragliche Verordnung übertreten haben. Er hatte in einem Lokal Druckschriften verteilt und von den Gästen freiwillige Beiträge für die Dresdener Verurteilten und ihre Familien entgegengenommen. Auch ihn hatte das Landgericht wegen behördlich nicht genehmigten Kollektierens verurteilt. Das Kammergericht hob auch dies Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Das Landgericht müsse feststellen, ob er zum Zwecke des Sammelns in die erwähnten Gastwirtschaften und zugleich in andre Gastwirtschaften eingedrungen sei. Nur in diesem Falle wäre er zu bestrafen, denn bei einer solchen Feststellung wäre anzunehmen, daß er zum Zwecke des Sammelns „von Haus zu Haus gegangen und in die Häuser eingedrungen“ sei.

Staatsgefährliche Turnerei. Wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 18 des Vereinsgesetzes war der Schriftführer G. des polnischen Turnvereins „Falke“ zu Thorn in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er den Eintritt von neuen Mitgliedern der Polizei nicht binnen drei Tagen angezeigt hatte. Das Landgericht erachtete den Verein für einen solchen, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken will, schon deshalb, weil er zum Verbands polnischer Socolvereine (Turnvereine) gehöre.

G. legte Revision ein und machte geltend, daß der Schriftführer nicht zu „Vorsteher“ gemäß § 2 des Vereinsgesetzes gehöre. Das Kammergericht verworft aber die Revision mit der Begründung, daß der Verein „Falke“ eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke und daß G. als dauernder Schriftführer zum Vorsteher, zu den „Vorsteher“ gehöre.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist recht erost über die ihr in Nr. 249 des „Vorwärts“ erteilte Antwort, und da sie sachlich nicht zu antworten weiß, schimpft sie über die „literarischen Gamin“ des „Vorwärts“, und erklärt, daß sie zwar um eine sachliche Erwidrerung

nicht verlegen sei, aber nach der Tonart, die der „Vorwärts“ angeschlossen habe, eine Disposition überhaupt ablehnen“ müsse.

Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie. Gerade die von ihr befolgte Taktik ist echte Gamin-Taktik und zwar nicht nur der literarischen Spielart. Erst erlaubt man sich die größten Entrenpungen, wird man dann aber der Unwissenheit überführt, so erklärt man sich — sie überhaupt nicht mehr sagen zu wollen, da der Ton des Gegners nicht vornehm genug sei. Verlegenheitsphäse!

Aus dem Dasein der Dienstmädchen.

Ein interessanter Preß-Beleidigungsprozess spielte sich vor dem Schöffengericht in Bamberg ab. Kläger war der Oberamtsrichter Reischel in Holfeld (Frank. Schweiz), Beklagter der Redakteur Schmidt von den „Land. Neuesten Nachr.“ In dem Platte war behauptet worden, daß die Oberamtsrichters-Familie ihre Dienstmagd Krauß, die im Hause ihrer Dienstherrschaft von einer Gebur überausficht wurde, menschenunwürdig behandelt habe. Die Beweisaufnahme zeigte die Nächstenliebe der oberamtsrichterlichen Familie in hellster Beleuchtung. Durch eidliche Zeigenaussagen wurde folgendes festgestellt: Die Frau Reischel betrachtete es als ungebührliche Frechheit, daß das Mädchen sich im Hause der Dienstherrschaft von der Niederkunft überraschen ließ, und benahm sich gegen sie in der lieblosesten Weise. Sie schimpfte in einem fort und gab nur auf wiederholte Bitten der Bediente warmes Wasser her.

Für die durch die Niederkunft entstandenen Unannehmlichkeiten hielt sich die Familie Reischel durch Zurückbehaltung des rückständigen Lohnes von 60 M. und des Koffers und der Kleider des Mädchens schadlos. Außerdem ließ sie die arbeitsamen Sparpenninge der Krauß (67 M.) bei der städtischen Sparkasse in Vahren mit Beschlag belegen. Als das Mädchen geboren hatte, schickte der Oberamtsrichter zu ihr die Gerichtsdienerin mit einem Schriftstück, durch dessen Unterschrift sie die Kostenrechnung mit 63 M. anerkennen sollte. In der trostlosen Verfassung, in der sie sich befand, gab sie die Unterschrift. 36 Stunden nach der Entbindung wurde die Wöchnerin auf einen mit senktem Stroh beschütteten offenen Bauernwagen gebracht und zu der ärmsten Familie des Dorfes geschafft, wo sie hinter dem Ofen auf Lumpen und Spreu gebettet wurde.

Als die Holzhauserin, die der Wöchnerin Unterkunft gewährte, es beklagte, daß sie ihr kein Bett bieten könne, meinte die gefühlvolle Oberamtsrichterin: „Die braucht kein Bett, die soll sich auf die Schwärze (die bloße Haut) legen.“ Da die Heransgabe ihres Lohnes und ihrer Habseligkeiten von den reichen Richters-Gehelenten verweigert wurde, war das Mädchen ohne jede Mittel und ganz auf die Barmherzigkeit der Nachbarn angewiesen.

Trotz dieser Feststellungen wurde der Beklagte zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, da einige unweisenliche Behauptungen sich nicht ganz als richtig erwiesen. Bemerkenswert war noch die Aussage des Bürgermeisters von Holfeld, dem der Artikel vor der Veröffentlichung zur Kontrolle zugesandt wurde und der erklärte, daß alles auf Wahrheit beruhe. In derselben Sache ist auch der Redakteur unfres Nürnbergers Parteiblattes, Genosse Gärtner, angeklagt.

Ausland.

Die Nationalratswahlen in der Schweiz.

Ein Privattelegramm meldet uns: Bei den Nationalratswahlen wurden gewählt die Genossen Greulich und Vogel-sauger in Zürich, Studer in Winterthur, Gschwind (Baselland), Scherer in St. Gallen; in Schwyz kommen die Genossen Brandt, Ernst, Bräulein, Arnold und Schweizer. Die sozialistischen Stimmzahlen sind gesiegen.

Bern, 26. Oktober. (W. Z. V.) Bei der heutigen Gesamt-erneuerung des Nationalrats, dessen Mitgliederzahl infolge der Vermehrung der Bevölkerung von 147 auf 167 steigt, wurde die bisherige radikal-demokratische Mehrheit bestätigt. Die noch vorzunehmenden Stichwahlen können an diesem Ergebnis nichts ändern. Die Sozialdemokraten erhalten einen Zuwachs von 2 bis 3 Mandaten und dürfen damit auf etwa 8 Mandate kommen.

Vom Generalkreit der französischen Bergarbeiter.

Es hat den Anschein, als ob die Grubenbesitzer sich bemühten, durch allerhand Einzelzüge dem schiedsrichterlichen Eingreifen der Regierung möglichst Schwierigkeiten zu bereiten und den Streik möglichst in die Länge zu ziehen. So heißt es, daß in der am Samstag statigehabten Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Combes und dem Präsidenten des Komitees der Kohlengruben Darcy letzterer erklärt habe, daß das Komitee sich nicht für berechtigt halte, an die Stelle der Kohlengruben-Gesellschaften zu treten. Diefen läme es zu, ihre persönliche Meinung über die Bewilligung der Forderungen ihrer Arbeiter bekannt zu geben. — Combes wird die Unterhandlungen fortsetzen; man glaubt, daß er sich an die Direktoren der einzelnen Gesellschaften wenden wird.

Die Grubendirektionen des Norddepartements richteten an den Präfekten ein Schreiben, worin mitgeteilt wird, daß die Lage der Metallindustrie sowie der gesamten französischen Industrie überhaupt sich nicht gebessert habe; ebenso habe die fremde Konkurrenz zugenommen. „Wir sehen“, so heißt es in dem Briefe weiter, „nicht die Möglichkeit, die Löhne zu erhöhen, trotzdem sind wir aber bereit, mit den Arbeitern zu konferieren, um mit ihnen Mittel und Wege ausfindig zu machen, den Ausstand beizulegen.“

Die Verwaltungsräte der Bergarbeiter-Gesellschaft der Departements Nord und Pas-de-Calais haben dem Ministerpräsidenten Combes dagegen telegraphisch mitgeteilt, daß sie seine schiedsrichterliche Entscheidung annehmen. Sie bemerken dazu, daß sie auf seinen Einfluß zur Beschleunigung der Lösung der Frage rechnen, bringen ihm die Forderungen der Grubenarbeiter in Erinnerung und berufen sich bezüglich derselben auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten über die Durchführung der gesetzgeberischen Reformen, an denen die Bergleute interessiert sind.

Frankreich.

Cocheret, der Chef der Kriminalpolizei, wurde vom Polizeipräsidenten ernächtigt, gegen den „Gaulois“ wegen dessen Behauptung, daß Cocheret die Mord der Familie Humbert begünstigt habe, die Verleumdungsklage anzustrengen.

Dänemark.

Ein liberaler Wahlsieg. Bei der Ergänzungswahl zum Folkething in Skue auf Jütland wurde an Stelle des bisherigen moderaten Vertreters ein Liberaler, der Hänsler Karl Hansen mit 897 gegen 835 Stimmen gewählt. Die moderate Folkethingfraktion, die vor zehn Jahren noch 40 Mitglieder zählte, ist nun auf 13 zusammengeschrunpft.

England.

Des Königs Zug nach der City.

London, 25. Oktober. (W. Z. V.) Die Hauptstraßen der inneren Teile der britischen Metropole haben Festeschmuck angelegt. Die Geschäfte sind geschlossen, in vielen Fabriken ruht die Arbeit und die Kleinbürgerlichen Elemente und Arbeitslosen schließen sich den beschriebenen Soldaten an, die ruhig und gemächlich nach dem Centrum der Stadt ziehen. Die Soldaten besetzen die Hauptstraßen, jedoch wird der Verkehr nicht abgesperrt. Fußgänger und Wagen bewegen sich ungestört, nur in langsamerem Tempo; Sol-

daten und Schutzleute machen ihnen bereitwillig Platz. Der Gegensatz zwischen Royalismus und Volk ist nicht in geringsten sichtbar. „Wir achten den König, der das Gesetz achtet“, sang vor mehr als einem Jahrhundert der englische Dichter Comper. Das Ideal der Nationalsozialisten: Krone und Demokratie scheint hier verwirklicht zu sein. Am Trafalgar Square ist eine Tribüne errichtet, wo der Präsident des Londoner Grafschaftsrats, der modernsten Municipalverwaltung der Welt, dem König eine Ergebenheitsadresse überreicht. Nur wenige Minuten dauert die Scene. Der König geht weiter; sein Bestimmungsort ist die City, der Mittelpunkt der britischen Finanz. An der Grenze der City wartet in mittelalterlicher Pracht der Lord Mayor und überreicht — als Zeichen der Huldigung — dem König das Schwert, das er bald wieder seinem ursprünglichen Besitzer zurückgibt. Mit dem Lord Mayor an der Spitze bewegt sich der Zug nach der Guildhall, der Halle der mittelalterlich-municipalen Gilden, wo der König bewirtet wird. Er fühlt sich hier wohlter als am Trafalgar Square, in Gegenwart des Vertreters des Municipal-Socialismus. Die ganze Unlogik des modernen englischen Denkens, das Festhalten an Formen, deren materielle Grundlagen längst verschwunden sind, offenbaren sich hier in seiner ganzen Komik. Und doch ist das englische Volk besonders stolz auf seinen Sinn für Humor, der nach tiefer britischer Ueberzeugung allen andern Nationen gänzlich fehlt.

Chamberlain reist nach Südafrika. Das Kolonialamt veröffentlicht folgende Note: König Edward hat folgenden Beschluß gebilligt: Der Staatssekretär für die Kolonien wird sich demnächst nach Südafrika begeben, um an Ort und Stelle Fragen zu lösen, welche infolge des Krieges aufgeworfen worden sind. Chamberlain hofft, die Gelegenheit zu finden, mit den Vertretern sämtlicher in Frage stehenden Interessen in Verbindung zu treten und einen Meinungsaustausch über die zu befolgende Politik herbeizuführen. Der Kolonialminister beabsichtigt, England im November zu verlassen und im März wieder zurückzukehren. Er wird die Kapkolonie, Natal, den Orange- und Transvaal-Staat besuchen. — Die Morgenblätter kommentieren diese Note; die konservativen Organe billigen diese Maßregel und sind der Ansicht, daß dieselbe zur Beruhigung der Gemüter beitragen werde. Die liberalen Blätter meinen, diese Reise sei notwendig geworden durch das Auftreten der intransigenten Royalisten-Partei in Johannesburg und anderen Orten, welche man dadurch zum Schweigen bringen wolle.

Afien.

Türkisch-englische Reibungen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Das britische Auswärtige Amt benachrichtigte den türkischen Vertreter in London, daß, wenn die Türkei die militärisch besetzten Positionen in der Zone der Tribus Sabachabi nicht räume, die indische Regierung ein Expeditionscorps nach Aken abschieben werde, welches sich von dort nach den Positionen der unter englischen Schutze stehenden arabischen Tribus behufs Vertreibung der Türken begeben werde. Auch in der Audienz des englischen Votschafters gab dieser dem Sultan von der Absicht der englischen Regierung Kenntnis.

Afrika.

Kapstadt, 27. Oktober. 1100 schwarze Hafenarbeiter sind in den Aufstand getreten, weil ihnen das hiesige Hafensamt bekannt gab, daß die Löhne von 54 Pence auf 42 Pence herabgemindert werden. Die Schiffsahrt erleidet hierdurch eine Störung.

Parteinachrichten.

Das Internationale Socialistische Bureau beruft zum 27. Dezember d. J. eine Sitzung des Internationalen Komitees nach Brüssel ein. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Bericht des Sekretärs; Der Kongreß von Amsterdam; Die internationale Politik. Weitere Punkte können auf Antrag der Partei-Organisationen verhandelt werden.

Bezüglich des Internationalen Kongresses, der im nächsten Jahre in Amsterdam abgehalten werden soll, wird mitgeteilt: Die Kosten seien auf 6000 Franc zu veranschlagen; hierzu könnten die holländischen Genossen nur etwa 1000 Franc aufbringen. Das Bureau unterbreitet deshalb den Parteien den Vorschlag, daß jeder Delegierte zu den Kongreß-Unkosten 10 Franc beizusteuern habe.

Aus der Parteigeschichte. Genosse J. Auer widmet in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ dem in New York verstorbenen Genossen Jakob Franz einen Nachruf, der sich parteigeschichtlich interessiert ist. Auer schreibt:

„Auer in München zählt der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein damals in Bayern noch Mitglieder in Augsburg, Würzburg, Hof und ein paar kleineren Orten, nie aber gelang es ihm, in den beiden Hauptorten der bayerischen Industrie, Nürnberg und Hirsch, sein Banner zu entfalten. Und auch in München und Augsburg war der bairische Partikularismus und die Abneigung gegen alles „Preussische“ in den Arbeiterkreisen noch so stark verbreitet, daß es sehr schwer hielt, dort das Vereinsorgan „Socialdemokrat“ in irgend nennenswerter Zahl einzuführen. Im diesem Uebelstand abzuhelfen und die Agitation zu fördern, beschloßen die Münchener Genossen im Einverständnis mit den Augsburger Freunden, ein selbständiges socialdemokratisches Organ herauszugeben, das sich strikte an die russischen Lehren halten und für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Süddeutschland Propaganda machen sollte. Die Redaktion dieses Blattes, das wöchentlich einmal erschien und den Namen „Proletarier“ führte, wurde dem Genossen Franz übertragen.“

Die Kämpfe innerhalb der deutschen socialdemokratischen Arbeiterschaft, die sich auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Bamberg im April 1898 und dem Vereinigung deutscher Arbeiterbildungsvereine in Nürnberg im September desselben Jahres abspielten und 1899 zur Gründung der socialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Kongreß in Eisenach führten, gingen an den bayerischen Parteiverhältnissen ziemlich spurlos vorüber. Der „Proletarier“ und seine Leiter hielten fest an der russischen Lehre und Organisation und auch in Nürnberg-Hirsch schlossen sich nur kleine Bähnlein, die sich von den Arbeiter-Bildungsvereinen lösten, der neuen in Eisenach gegründeten Partei an.

Dieser Zustand der Dinge sollte durch das persönliche Eingreifen des Dr. v. Schweitzer geändert werden. Schweitzer hatte, um die Wirkungen der Eisenacher Parteibildung zu paralysieren, eine große Agitationstour unternommen, in deren Verlauf er auch nach Süddeutschland, speziell nach Augsburg und München kam. Herr v. Schweitzer, dem starken Centralisten, war das besondere Prechorgan der bayerischen Genossen ein Dorn im Auge. Er verlangte, daß das Erscheinen desselben eingestellt werde, da nur eine Organisation und ein Prechorgan existieren dürfe. Dieses Verlangen lehnten die Augsburger wie die Münchener Genossen einstimmig ab, trotz der Drohung Schweitzers, daß er andernfalls die sämtlichen süddeutschen Mitgliedschaften opfern werde.

Damit war der Bruch zwischen Berlin und den bayerischen Genossen vollzogen.

Die letzteren beriefen nun unter der Führung von Franz, Kess und Tauscher, der damals an der Spitze der Augsburger Genossen stand, zum 23. Januar 1897 einen besonderen Arbeiterkongreß nach Augsburg (Stiftsgarten) ein, auf dem nach längeren Debatten die Bildung einer neuen socialdemokratischen Partei — die sogenannte vierte Fraktion — beschlossen wurde. Genosse Weibel, der vom Braunsfelder Ausschüß gesandt war, um eine Vermittlung mit den Eisenachern anzubahnen, erreichte seinen Zweck nicht.

Die neue Partei hat nie außerhalb der Grenzen Bayerns Boden zu fassen vermocht, und damit war ihr dauernder Bestand von vornherein ausgeschlossen.

Die Vereinigungsverhandlungen wurden deshalb auch nach ihrem anfänglichen Scheitern fortgesetzt und fünf Monate später erging auf dem Kongreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei in

Stuttgart Franz und Tauscher als Vertreter ihrer Partei, um im Namen derselben mit den Eisenachern Frieden zu schließen. Dieser wurde auch erzielt durch Annahme folgender Punkte:

1. Die Organisation und das Programm der Partei (Eisenacher) werden zwar nicht als seiner Verbesserung mehr fähig und bedürftig, aber doch als für die vereinigte Partei verbindlich angesehen.

2. Das Eingehen des „Proletarier“ wird nicht durch die Vereinigung bedingt. Die Redaktion unterwirft sich gleich der des „Volkstaat“ der Kontrolle des Ausschusses. Ein etwaiger Defizit des Blattes zu übernehmen ist die Partei nicht verpflichtet.

Franz führte auch nach der Vereinigung die Redaktion des „Proletarier“ unter großen persönlichen Opfern weiter. Als dann wenige Wochen später der Krieg mit Frankreich ausbrach und über die Küstenlande der Belagerungszustand erklärt und auf Grund desselben für diese Teile Deutschlands der in Leipzig erscheinende „Volkstaat“ verboten wurde, empfahl die Parteileitung den Genossen den „Proletarier“ als Ersatz. Trotz dieser Empfehlung ließ sich das Blatt nicht dauernd halten, und auf dem Parteikongreß in Dresden 1871 berichtete Theodor York namens des Ausschusses, daß der „Proletarier“ wegen „perfidiärer Schwereigkeiten“ eingegangen sei.

Totenliste der Partei. In Dresden starb der Maurer Hartwig, der sowohl in seiner Gewerkschaft wie in der Partei eine lebhafteste Tätigkeit entfaltete und stets in der vordersten Reihe stand.

Die Dresdener Genossen verloren einen wackeren Mitkämpfer in der Person des Steinwegers Demort. Der Verstorbene war, obwohl seit Jahren an der Verkränkung leidend, einer der thätigsten Genossen Dresdens und hat sowohl in der Partei wie in seiner Gewerkschaft verschiedene Vertrauensposten bekleidet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— „Jede Handlung des Menschen“ — kann der Polizei Gelegenheit zum Einschreiten geben, namentlich wenn der Mensch ein Socialdemokrat ist. In Königsberg wollte der Genosse J. Vordardt einen wissenschaftlichen Vortrag halten. Kurz vor Beginn des Vortrages erschien ein Polizeibeamter und verlangte die Bescheinigung über die Anmeldung der „Versammlung“. Es wurde ihm bedeutet, daß es sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, sondern um einen wissenschaftlichen Vortrag handle. Nach längerem Verhandeln ließ sich der Beamte herbei, den Beginn der Veranstaltung abzuwarten. Genosse Vordardt begann: „Jede Handlung des Menschen...“ „Ich löse die Versammlung auf!“ sprach der Beamte und illustrierte damit seinen Einleitungsatz.

— **Kein Grund vorhanden.** Dem Genossen Hennig in Erfurt, Redakteur unres dortigen Parteiblattes, der erst vor 12 Wochen nach fünfmonatiger Haft das Gefängnis verlassen hat und nun schon wieder vier Monate abzubüßen hat, ist es verboten worden, im Gefängnis eine Zeitung zu lesen, weil „sein Grund“ dafür vorhanden ist.

Aus Industrie und Handel.

Der Centralverband deutscher Industrieller macht mobil. Er hatte am 16. d. M. an die industriellen Kartelle und Syndikate, die ihm als Mitglieder angehören, eine Einladung zu einer Versammlung in Berlin am 31. d. M. gerichtet, um gegen die von den Kartellgegnern geforderten gleichberechtigten Eingriffe in das Kartellwesen Stellung zu nehmen. Auf die inzwischen erfolgte Berufung von Sachverständigen zum 14. d. M. durch das Reichsamt des Innern hat nun das Direktorium ein neues Einladungsschreiben an die Kartelle und Syndikate gesandt, in welchem es die Versammlung um 14 Tage verschiebt und zum 13. November, einen Tag vor Beginn des Zusammentritts der Sachverständigen, einberuft. In dem betreffenden Schreiben heißt es:

„Da in der Zwischenzeit seitens des Reichsamts des Innern die Berufung der Sachverständigen, welche die Reichsregierung mit ihrem Räte betreffs der Einleitung einer Enquete über das Kartellwesen in den Deutschen Reich zu Seite stehen sollen, auf den 14. November erfolgt ist, so wird hierdurch die geplante Versammlung vom 31. Oktober auf den 13. November verschoben. Derselbe wird Donnerstag den 13. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Hotel Kaiserhof, Berlin, Eingang von der Rokenstraße, stattfinden.“

Die Verlegung des Versammlungstages auf den 13. November kann kaum einen andern Zweck haben, als die „Kartellfreunde“ unter den Sachverständigen und in der Regierung zur Vertretung der Kartellinteressen nochmals anzuspornen.

Brauerei Pfefferberg (vorm. Schneider u. Hillig). Die uns mitgeteilt wird, beschloß der Aufsichtsrat der Generalversammlung, die auf den 3. Dezember einberufen werden soll, eine Dividende von 14 Proz. vorzuschlagen. Auch im Vorjahr wurden 14 Proz. verteilt.

Die **Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine** erzielte im Monat September zum erstmaligen Umsatz von über zwei Millionen Mark. Nach den vorläufigen Feststellungen beträgt der Umsatz in dem genannten Monat 2 100 000 Mark. In dem gleichen Monat des Vorjahres wurden 1 880 743 M. umgesetzt. Die Steigerung des Umsatzes stellt sich demnach für den Monat September gegenüber demjenigen des Vorjahres auf 58 pCt. Insgesamt beträgt der Umsatz vom 1. Januar bis 30. September dieses Jahres nach den bisherigen Feststellungen 14 340 000 M. gegen 9 588 000 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres, eine Steigerung von über 50 Proz.

Die **Direktion des Coaldsyndikats** teilt, der „Mheinisch-Westfälisch. Zeitung“ zufolge, mit, daß für November eine Produktionsbeschränkung von 10 Proz. gegen 27 Proz. im Oktober erforderlich werden würde. Der formelle Beschluß hierüber soll in der nächsten Monatsversammlung gefaßt werden.

Die **Verlängerung des Siegerländer Roheisen-Syndikats** soll nach Mitteilung der „Köln. Volks-Ztg.“ noch unwahrscheinlich sein. Die Wirtensbacher Hütte, deren Verbleiben im Roheisen-Syndikat von den meisten der bisherigen Mitglieder zur Bedingung der Verlängerung gemacht wurde, hat jetzt endgültig abgelehnt, dem Syndikat beizutreten. Die nächste Folge dürfte sein, daß auch die Agneshütte in Aiger, die bisher nicht im Syndikat war, aber nicht abgeneigt schien, sich der Vereinigung anzuschließen, den Beitritt ablehnen wird. Kommt bis Ende Oktober keine Einigung mehr zu Stande, können die bisherigen Syndikatsmitglieder ihr Roheisen für 1903 nach Belieben freihändig verkaufen.

Kaffeespekulationen. Die Meldungen über starke Beschädigungen der brasilianischen Kaffeeplantagen, die im August von Rio de Janeiro und Bahia einliefen und an der Hamburger Kaffeebörse eine Panne in Rio- und Santos-Kaffee hervorriefen, stellen sich nach einem Bericht des deutschen Konsulats hauptsächlich, wie wir schon damals annahmen, als spekulatives Mandver heraus. Es heißt in dem betreffenden Bericht:

Im Erntejahr 1902/03, welches am 1. Juli d. J. seinen Anfang genommen hat, wurden bis zum 29. August 1902 in Rio de Janeiro (einschließlich des Transitverkehrs) 942 771 Säcke und in Santos 1 818 187, zusammen also 2 760 958 Säcke angefahren. Die Kaffeebörse in beiden Häfen beliefen sich an diesem Tage auf 1 910 000 Säcke gegen 1 435 937 Säcke an dem entsprechenden Tage des Jahres 1901. Die Kaffeeverladungen betragen in Rio de Janeiro 848 678 Säcke und in Santos 1 484 911 Säcke, in beiden Häfen zusammen also 2 333 589 Säcke. Die Kaffeeausfuhr umfaßte bis zum 29. August 1902 in Rio de Janeiro 816 049 Säcke und in Santos 1 493 980 Säcke, zusammen also 2 310 029 Säcke gegen 2 462 732 Säcke am entsprechenden Tage des Vorjahres.

Die Ankünfte in Rio und Santos sind in den besonders wichtigen Monaten Juli und August nur um etwa 1/2 Millionen Säcke gegenüber demjenigen im entsprechenden Zeitraum des ganz außerordentlich ertragreichen Vorjahres zurückgeblieben. Die Annahme, daß im Erntejahr 1902/03 in beiden Häfen 9 bis 10 Millionen Säcke eingehen werden, findet daher mehr und mehr Anhänger.

Das Hauptinteresse konzentriert sich zur Zeit auf die Schätzung des am 1. Juli 1903 beginnenden Erntejahres 1903/04. Während noch vor einigen Wochen für 1903/04 auf vielen Seiten eine ähnlich große Ernte in Aussicht gestellt wurde, wie die des Jahres 1901/02, hat infolge ganz ungewöhnlicher Fröste im Staate Sao Paulo neuerlich eine pessimistische Auffassung die Oberhand gewonnen. Die neuesten Berichte lassen indessen darauf schließen, daß die ungünstigen Nachrichten über den Verlust der halben oder ganzen Ernte in zahlreichen Bezirken, wie schon oft, übertrieben waren, und es dürfte sich empfehlen, gegenüber der spekulativen Ausnutzung jedes neu auftretenden Moments eine vorsichtige Haltung zu bewahren. Einigenmaßen bestimmte Ernteschätzungen für 1903/04 können vor Dezember kaum erwartet werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Rohrlegerstreik. Die Unternehmer äußerten sich verschiedenen Streikenden gegenüber, sie beabsichtigen, sich erst nach dem 1. November in Verhandlungen einzulassen, weil sie hoffen, daß die an diesem Termin fällige Mietzahlung die Arbeiter würde machen werde. Diese Hoffnung dürfte sich jedoch als eitel erweisen. Unterdessen setzen die Unternehmer alle Hebel in Bewegung, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Sie geben für ihre Arbeitswilligen jetzt sogar auch schon rote Legitimationskarten aus, die, mit ihren Firmenstempel versehen, den vom Metallarbeiter-Verband vorausgabten Karten täuschend ähnlich sehen. Offenbar soll damit erreicht werden, daß die Arbeitswilligen nicht als solche erkannt werden. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bis jetzt 752 Arbeiter bei 104 Firmen. Daraus ist ersichtlich, daß die größten Firmen der Beivilligung noch am meisten abgeneigt sind, während die Mehrzahl der kleineren Betriebe die Forderungen anerkennen haben.

Nach einem Bericht der „Voss. Ztg.“ hat die Freie Vereinigung der Gas- und Wasser-Instalateure sich in einer Versammlung am Sonnabend dahin ausgesprochen, daß Verhandlungen mit den Streikenden nicht von der Hand zu weisen seien, wenn günstige Bedingungen — für die Unternehmer aber natürlich — erreicht werden können. Damit nun, wenn einmal solche günstigen Bedingungen erreicht werden sollten, die Unternehmer nicht wieder durch streikende Arbeiter in ihren günstigen Verhältnissen geschädigt werden können, würden es die Herren von der Freien Vereinigung gern sehen, daß den Arbeitern das Streiken, oder doch wenigstens die wirksame Durchführung des Streiks unmöglich gemacht werde. Am Schlusse des Berichts der „Voss. Ztg.“ heißt es nämlich: „Man war einig darin, daß der § 153 der Gewerbeordnung keinen genügenden Schutz gewähre, und sprach die Hoffnung aus, daß der Reichstag in absehbarer Zeit den Paragraphen in einem den Interessen der Arbeitgeber genügenden Sinne ändern würde.“

Die Gesetzgebung sowohl wie die Rechtsprechung hat für die Interessen der Arbeiter beunruhigend schon so viel gethan, daß ihr zu thun fast nichts mehr übrig bleibt, und besonders der § 153 der Gewerbeordnung dient den Interessen der Unternehmer in so hohem Maße, daß er das im § 152 gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter zum großen Teil wieder aufhebt. Das hindert aber die Unternehmer nicht, noch weitere Beschränkungen der Arbeiterrechte in einem „den Interessen der Arbeitgeber genügenden Sinne“ zu verlangen. „Genügend“ wird diesen Leuten die Gesetzgebung wohl erst dann sein, wenn sie das Streiken ohne Umschweife verbietet. Das wird aber, dank der Wirksamkeit der Vertretung der Arbeiterklasse, doch nur ein frommer Wunsch bleiben.

Die Arbeiter der „Union“ Werke befaßten sich in einer Versammlung am Sonntag wieder mit der Anordnung der Direktion, laut welcher die Accordkolonnen ihre Hilfsarbeiter selbst bezahlen sollen. Eine Aussprache der Kommission mit dem Direktor hatte keinen Erfolg. Der Direktor war der Meinung, die größeren Accordkolonnen seien unter allen Umständen in der Lage, ihre Einholer selbst bezahlen zu können, jedoch sollte die Hilfsarbeiterfrage nicht dazu dienen, um Abzüge zu machen. Die Versammlung beschloß, die Antwort des Direktors in den einzelnen Werksabteilungen durchzusprechen und daselbst auch über weitere Maßnahmen zu beraten.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Die man uns mitteilt, hat der Meeraner Bürgermeister versucht, eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. Allerdings stellte er so sonderbare Bedingungen (namentlich im Auftrage des Fabrikantenvereins), daß die Arbeiter es rundweg ablehnen mußten, darauf einzugehen. Der Bürgermeister verlangte nämlich nichts mehr und nichts weniger, als daß die einzelnen Arbeiter mit den einzelnen Arbeitgebern in einzelne Verhandlungen treten. Die Streikenden sind der Ansicht, daß dieser „Vermittlungsvorschlag“ nur Komödie sei, um die Ablehnung durch die Arbeiter dazu zu benutzen, die Unternehmer als die Friedensstörer hinzustellen. Beunruhigend waren es aber gerade die Arbeiter, die am Tage des Ausbruchs des Streiks das Gewerbegericht als Einigungsamt anriefen, indessen die Fabrikanten es ablehnten, ebenso wie sie später die Vermittlungsversuche des Fabrikantenvereins ablehnten.

Polizei und Geistlichkeit gegen christliche Arbeiter.

In Coesfeld in Westfalen sind seit einiger Zeit die kirchlich organisierten Textilarbeiter ausgesperrt, und zwar handelt es sich darum, daß die — jedenfalls auch sehr christlichen — Fabrikanten es auf die Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der christlichen Textilarbeiter abgesehen haben. Die Polizei geht nun gegen die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter in der bekannten Weise vor, die sie bei jedem Streit zu betätigen pflegt. Den Streikposten werden alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sie werden von der Straße gewiesen und gelegentlich auch verhaftet. Auch die katholische Geistlichkeit hat bei dieser Gelegenheit wieder einmal gezeigt, daß sie eine Feindin der gewerkschaftlichen Organisation ist, selbst wenn diese sich als eine christliche bezeichnen. Die Geistlichkeit hat nämlich die Vergabe des Saales des katholischen Arbeitervereins zu Versammlungen der Aussperrten verweigert mit der Begründung, daß der katholische Arbeiterverein besonders in den wirtschaftlichen Kämpfen strenge Neutralität zu beobachten habe. Auf diese Weise ist den Aussperrten das Abhalten von Versammlungen unmöglich gemacht. Also die Unternehmer beabsichtigen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben und die Geistlichkeit kommt ihnen dabei zu Hilfe, indem sie den Arbeitern auch noch die Ausübung des Versammlungsrechts unmöglich macht, ohne welches die Arbeiter ihren berechtigten Kampf natürlich nicht führen können. Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß die Geistlichkeit sich immer auf die Seite der Unternehmer stellt, wenn die Arbeiter für ihre Interessen kämpfen, und daß es deshalb eine Thorheit ist, wenn die katholischen Arbeiter glauben, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in besonderen christlichen Organisationen vertreten zu müssen.

Ausland.

Erweiterter Streik der Landarbeiter in Galizien. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Lemberg gemeldet: Die russischen Bauern haben jetzt bei Beginn der Kartoffelernte den Ausstand wieder aufgenommen und weigern sich, bei den Großgrundbesitzern in Arbeit zu treten.

Der Streik der Heizer des Österreichischen Lloyd endete mit einem Siege der Ausständigen. Das Arbeitsvermittlungsbüro wurde von der Lloydverwaltung anerkannt. Entlassungen werden nicht vorgenommen. Der Ausgang des Streiks, der der musterhaften Solidarität, besonders der Matrosen, zu danken ist, erregt überall in der Stadt Triest die lebhafteste Veriefigung.

Die Kellner der Pariser Cafés und Restaurants sind in eine Bewegung eingetreten, um die Befestigung der Unfälle durchzusetzen, wonach die Angestellten den Unternehmern nicht bloß für das ganze

gerbrochene und fehlende Inventar aufzukommen haben, sondern auch noch für die Erlaubnis, arbeiten zu dürfen, eine gewisse Pacht zahlen müssen.

Kampf um das Koalitionsrecht in Dänemark. Der Direktor Brand von Det forenede Dampfskibsselskab macht jetzt in Horsens in Gemeinschaft mit der dortigen Handwerkervereinigung den Versuch, eine Hafnarbeiter-Junit zu bilden, der das Wäcken und Laden der Schiffe als ein Monopol übertragen werden sollen. Die Hafnarbeiter sollen dadurch gezwungen werden, aus ihrem Handverein auszutreten. Die Arbeiterchaft von Horsens hat am Dienstag in einer von etwa 1400 Personen besuchten Versammlung gegen diesen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter protestiert.

In Odense wird derselbe Versuch zur Anbahnung der Arbeiter von der Handelsvereinigung gemacht. Trotzdem hier die Organisation der Hafnarbeiter den Wünschen der Unternehmer auf äußerste entgegengekommen ist, bestehen diese doch darauf, daß eine lokale, von andern Vereinigungen unabhängige Hafnarbeiter-Junit gebildet werde, die ganz unter der Obhut der Unternehmer stehen soll.

Sociales.

Arbeiterchaft.

Für die Einrichtung und den Betrieb der Hochhaar-Spinnereien, Haar- und Voranzurichtereien sowie der Wäcken- und Pinsel-machereien hat der Bundesrat eine neue Verordnung erlassen, die am 1. Januar 1903 in Kraft tritt an Stelle der Verordnung vom 28. Januar 1899. Die Veränderungen gegen die bisherigen Vorschriften sind jedoch sehr unwesentlich, insbesondere ist an dem Desinfektionsverfahren nichts geändert.

Neu ist, daß auch Gegenstände unter die Vorschriften fallen. Dann ist die Bestimmung des § 6 beseitigt, wonach das Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter beschränkt war bis zum 1. April 1900. Das Verbot gilt nunmehr ohne Zeitbeschränkung. Ferner ist beseitigt die einschränkende Bestimmung in § 9, wonach die Vorräte an nicht desinfiziertem Material auch in „dichten Behältern“ aufbewahrt werden durften; sie müssen jetzt unbedingt in besonderen Räumen aufbewahrt werden. Es ist noch hinzugefügt, daß diese Vorräte in die betreffenden Räume nur auf solchen Zugängen und Treppen hinein- oder aus ihnen herausgebracht werden dürfen, die von den mit der Bearbeitung desinfizierten Material beschäftigten Arbeitern nicht benutzt werden. Es darf auf diesen Zugängen und Treppen desinfiziertes Material nicht befördert werden.

Zurück stimmt die Verordnung mit der alten überein.

Bewegung der Bevölkerung im Deutschen Reich.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine neue Bearbeitung der letzten Volkszählung durch das kaiserl. Statistische Amt nach der Gebirgszählung der Bevölkerung. Unter den 50 367 178 Einwohnern des Reiches waren 55 529 229 im Reich geboren. Unter den im Reich Geborenen waren 7 999 832, die sich am Zählungstage nicht in einer der preussischen Provinzen oder in einem der bayrischen Regierungsbezirke oder andern Bundesstaaten aufhielten, in denen sie geboren waren.

Die größte Bewegung wiesen natürlich die Großstädte (über 100 000 Einwohner) auf, die besonders nachgewiesen werden. Diese 33 Städte (mit Ausnahme von Berlin) hatten zusammen 9 120 280 Einwohner, davon 8 903 161 im Reich geboren. Unter diesen aber waren, die 33 Städte als Ganzes behandelt, 4 547 616 zugezogen, das ist mehr als die Hälfte, die danach in kleineren Orten geboren waren. Die Städte einzeln behandelt, so daß auch die aus einer Großstadt in die andere Zugewogenen dazugezählt sind, wiesen nur wenig mehr Zugewogene, nämlich 4 954 773 auf. Die über-große Mehrzahl der in die Großstädte Zugewogenen stammt danach aus kleineren Orten. Aus den Großstädten weggezogen in kleinere Orte waren nur 1 032 005 Personen. Werden auch die innerhalb der Großstädte Zugewogenen hinzugezählt, so haben die Großstädte im ganzen 1 439 162 Weggezogene. Die Differenz zwischen den beiden großen und den beiden kleineren Zahlen ist gleich; sie ergibt mit nur 407 157 die Zahl der innerhalb der Großstädte Zugewogenen. Es ergibt sich daraus, daß der Austausch der Bevölkerung zwischen den Großstädten recht gering ist; er beträgt noch keine 5 Proz.

Berlin ist ein eigener Verwaltungsbezirk und deshalb besonders behandelt. Es wies unter seiner Gesamtbevölkerung von 1 888 848 im ganzen 1 849 103 reichsbürtige Personen auf; darunter jedoch nur 772 784 in Berlin geboren, so daß also der größere Teil der Einwohner Berlins außerhalb der Stadt geboren war. Geborene Berliner außerhalb Berlins wurden 275 370 ermittelt.

Den größten Verlust durch Weggezogene gegenüber den Zugewogenen, soweit sie sich noch innerhalb des Reiches aufhielten, hatte die Provinz Ostpreußen mit 451 916 Personen.

Eine allgemeine deutsche Streiklausel verlangen die Heilich-Leute. Zu der im November stattfindenden 4. Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist folgender Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, bei allen Bundesregierungen des Deutschen Reiches um sofortige Einführung einer präzisierten Streiklausel in die Baugewerke vorstellig zu werden und diese Forderung mit dem Hinweis auf die im Jahre 1902 seitens der Arbeitnehmer im Baugewerbe verhängten Sperren und Streiks zu begründen.“

Die Folgen der Kreuzader-Idee. Der außerordentliche Verbandstag thüringischer Konsumvereine nahm am Sonntag nach mehrstündiger, äußerst lebhafter Debatte, an der sich auch der Genossenschaftsamt Dr. Grüter beteiligte, gegen 3 Stimmen folgende Resolution an: „Der Verbandstag Thüringischer Konsumvereine mißbilligt aufs schärfste den zu unrecht erfolgten Ausschluß der 96 Konsumvereine aus dem Allgemeinen Verbande und erklärt sich mit dem Vorschlage solidarisch.“ Sodann wurde der Austritt aus dem Allgemeinen Verbande mit 96 gegen 6 Stimmen beschlossen. Der ausgetretene Unterverband soll bis auf weiteres als Revisionverband fortbestehen. Als Verbandsdirektor wurde Hebestredt-Zeig gewählt.

Zur Propaganda für das Genossenschaftswesen hat ein hier bestehender „Verein für soziales Genossenschaftswesen“ eine Agitationskommission gebildet. Die Kommission (Willy Braun, Paul Köhler, Max Hoppe, Ranny Jule, Ernst Tost) will hauptsächlich Vorträge vermitteln über alle Zweige des Genossenschaftswesens, Konsum-, Bau-, Haushaltungs-, Kredit-, landwirtschaftliche und andre Genossenschaften und fördert Genossenschaften, Volksbildung, Handwerker- und Frauenvereine, vor allem aber auch die beruflichen Arbeitervereinigungen aller Richtungen“ auf, sich bei Bedarf an ihren Schriftführer, Herrn Max Hoppe, Spenerstr. 23, zu wenden.

Gerichts-Zeitung.

Der Heliodyprose hat gestern vor der ersten Strafkammer hier selbst seinen Anfang genommen. Als Gründer der Gesellschaft waren im Februar d. J. eine Anzahl Personen von derselben Strafkammer wegen Betruges resp. Betgehens gegen § 240 a Jiffir 1 des Handelsgesetzbuchs verurteilt worden und zwar die Angeklagten Heimide zu 6 Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe, Rich und Garcis zu 300 M. Geldstrafe, Richter zu 2 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, Schumann und Mehlisch zu je 500 M. Geldstrafe. Die gegen das erste Urteil eingelegte Revision ist vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. Bei der Begründung wurde war damit, wie seiner Zeit mitgeteilt wurde, durch ein Rekrut des Justizministers, welcher in dieser Sache dem Kaiser Vortrag gehalten hatte, den Angeklagten anheim gestellt, die Wiederaufnahme zu betreiben. Der Antrag auf Wiederaufnahme-Verfahren wurde von der Strafkammer abgelehnt, das Kammergericht hat dann am 7. Juni 1902 dem Wiederaufnahme-Antrag stattgegeben, soweit er sich auf die Verletzung der Verantwortl. Redakteur: Carl Leib in Berlin. Informativell verantwortlich: Th. Glöckel in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt

Stimmungen des Handelsgesetzbuchs bezog, dagegen ist der Antrag des Angeklagten Heimide bezüglich seiner Verurteilung wegen Betruges abgelehnt worden. Gegen Dr. Haase war im Urteil geltend gemacht worden, er habe in der mündlichen Verhandlung zugegeben, die angeblich zur Aufbewahrung erhaltenen 25000 M. Gründungskapital demnach mit seinem eignen Gelde vermisch zu haben. Daraus folge am unzweifelhaftesten die Schein-Natur der ganzen Manipulation. Die sämtlichen Verteidiger, die bei der Verhandlung mitgewirkt hatten, überreichten dem Justizminister eidesstattliche Versicherungen, worin sie erklärten, daß Dr. Haase niemals ein solches Geständnis abgegeben und auch schon bei den Vorbereitungen mit ihnen stets betont habe, daß er das Geld nicht mit dem seinigen vermisch, sondern gesondert aufbewahrt hätte. Seitens des Justizministers war über diesen Punkt auch noch bei den übrigen, an der Verhandlung beteiligten Personen direkte Ermittlungen angeestellt. Die Angeklagten behaupten, daß der Thatbestand des Urteils, insoweit er dieses angelegliche Geständnis des Dr. Haase enthält, nicht den tatsächlichen Vorgängen der Verhandlung entsprochen habe.

Wir werden seiner Zeit das Ergebnis der Verhandlungen mitteilen.

Wegen Beleidigung des Musikchriftstellers Dr. Erich Urban ist gestern der Schriftsteller und Kritiker Prof. Dr. Krebs vom Schöffengericht zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt worden. Professor Krebs hatte im „Tag“ eine Brochüre des Käglers „Strauch hinter Wagner“ getadelt und dabei behauptet, Herr Urban schreibe, um seine schlechten Finanzen aufzubessern. In diesem Ausdruck wurde vom Gericht eine Beleidigung gefunden.

Aus der Frauenbewegung.

Neuer die Wohnungsfrage sprach am 20. Oktober Herr Hugo Heymann im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. In der dem Vortrage folgenden Diskussion trat Herr Damaschke für die privaten Baugenossenschaften und mit den bekannten Gründen gegen den Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde auf. Ihm trat Fräulein Vaader entgegen und auch der Referent ging in seinem Schlußwort ausführlich auf Damaschkes Einwände ein.

Der nächste Vereinsabend findet Montag, den 3. November, abends 1/9 Uhr, in den Arminkallen statt. Frau Lily Braun wird über die Entwicklungstendenzen der Frauenarbeit referieren.

Nizdorf. Vortrag des Genossen Davidsohn über Emile Jola und Bericht und Neuwahl der weiblichen Vertrauensperson für Nizdorf, stand auf der Tagesordnung einer namentlich von Frauen gut besuchten Volksversammlung am 21. Oktober.

Nach dem Vortrage gab die Vertrauensperson ihren Bericht für das Jahr 1901/02. Es fanden im letzten Jahre 5 Versammlungen und 2 Diskussionsabende statt. Die Kassa ergab folgendes Resultat: Einnahme 150,69 M., Ausgabe 146,90 M., bleibt Bestand 3,78 Mark. Auf Antrag der Revisorin wurde die Vertrauensperson entlassen.

Als Vertrauenspersonen wurden neu gewählt Frau Teebe und Frau Wöhr. Als Revisorinnen die Genossinnen Quitt, Ranz, Habel und Kramer.

In Verschiedenen wiesen Genossin Teebe und Genosse Wöhr auf die Wichtigkeit der Mithilfe der Frauen und Mädchen in der Freireiungskampfe des Proletariats hin. Die Frauen, welche am Sonntag bei der Flugblattverbreitung helfen wollen, können sich in ihrem Bezirk melden. Der nächste Diskussionsabend findet am Dienstag, den 4. November statt.

Am Dienstag tagte bei Meier, Steinmetzstr. 113, eine gut besuchte Generalversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins, in welcher ein neues, vom Vorstand ausgearbeitetes Statut beraten und angenommen wurde. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Verein von nun an den Namen: „Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen für Nizdorf und Umgebung“ tragen soll. Ferner fand die Neuwahl einiger Vorstandsmitglieder statt, bei welcher Frau Schöffel als Schriftführerin, Frau Wöhr als Kassiererin und Frau Ernst als Revisorin und Frau Waschtowski und Frau Weier zur Vornahme der Revision gewählt wurden. Unsere nächste Versammlung findet am 16. November, nachmittags um 3/4 Uhr, bei Herrn Thiele, Bergstraße 151/152, statt. Nachdem gefälliges Beisammensein.

Verfassungen.

Der Wahlverein für den ersten Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag bei Wiegler, Stalauerstraße, seine General-Versammlung ab. Dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Egge erstattete, war zu entnehmen, daß der Verein im verflochtenen Halbjahr an Mitgliedern zugenommen hat. Nach dem Bericht des Kassierers Wittner betragen die Einnahmen einschließlich des alten Bestandes von 210,87 M. insgesamt 621,77 M., die Ausgaben, darunter 100 M. für Agitation, 230,60 M., so daß ein Bestand von 385,17 M. verbleibt. Der Kassierer wurde entlassen. Sodann wurde beschlossen, von dem Bestand dem Vertrauensmann 300 M. zu überreichen. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Guimann erster, Strelow zweiter Vorsitzender; Reichardt erster, Sommer zweiter Schriftführer, Wittner erster, Linde zweiter Kassierer; Jahnke Revisor; Haase und Dreffel Revisoren. Als Abteilungsführer wurden bestätigt die Genossen: Arndt, Diestler, Feiermann, Schwabedal, Seidler und Strehl. — Hierauf referierte Lantow über die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Eine Diskussion über den interessanten, sehr befallig aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. — Unter „Verhörendes“ genommener Vortrag wurde nicht beliebt. — Unter „Verhörendes“ genommener Vortrag wurde nicht beliebt. — Unter „Verhörendes“ genommener Vortrag wurde nicht beliebt.

Der christliche Holzarbeiter-Verband hatte Sonnabend eine öffentliche Versammlung nach den Arminkallen einberufen, in der auch Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes antwefend waren. Den Christlichen war es wohl hauptsächlich darum zu thun, ihr von uns mehrfach gekennzeichnetes unsozialistisches Verhalten bei dem Streik in der Tischlerei von Jache zu rechtfertigen. Der Rechtfertigungsversuch gelang allerdings nicht, vielmehr zeigten die Ausführungen der Leiter der christlichen Organisation klar und deutlich, daß man von ihrer Seite auch bei zukünftigen Fällen dasselbe unsozialistische Benehmen zu erwarten hat, welches sie beim Jachesehen Streik bewiesen haben. Neues wurde über die Angelegenheit in der Jachesehen Werkstatt nicht vorgebracht. Bezüglich der Inserate in der „Germania“ und der „Märkischen Volkszeitung“, durch welche Streikbrecher für Jache gesucht wurden, stellte sich heraus, daß nicht Hamann, sondern ein anderer christlicher Holzarbeiter dieselben veranlaßt hat. Es steht also nunmehr fest, daß die Werbung von Streikbrechern tatsächlich von christlicher Seite ins Werk gesetzt worden ist. Der „zufällig“ anwesende Herr Kierscheid aus Köln suchte das Verhalten der Christlichen zu rechtfertigen, indem er sagte: „Wir haben keine Ursache, wenn Sie sich was einbroden, daß wir dieses ausreifen. Wir pochen auf unsre Selbstständigkeit und werden in Zukunft wieder so handeln, denn sie brauchen uns bei den stattfindenden Kohnkämpfen.“ Mit andern Worten heißt das, die Christlichen werden den Streikbruch auch bei späteren Vorstößen zu helfen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Die heutige Reichs-Versammlung erklärt, nachdem sie die verschiedenen Ansichten gehört hat, daß der christliche Holzarbeiter-Verband die Pflicht hat, die Arbeitwilligen bei Jache heraus-zuziehen, resp. dieselben aus ihrem Verbande auszufällen.“

Der Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgebung erhalten wir folgende Zuschrift: In dem Bericht über die Parteiverammlung des 5. Wahlkreises vom 23. Oktober, wo Genosse Piepmann den Tätigkeitsbericht der Vertrauensleute gab, wird u. a. erwähnt: „Zu dem Fall Gubela, mit dem sich die Vertrauensleute beschäftigten, laufe ich (Piepmann) mitteilen, daß das Gewerkschaftskartell, welches sich erst nicht bei dem Beschlusse der Vertrauensleute beruhigen wollte, sich jetzt deren Gründe zu eigen gemacht habe.“ — Demgegenüber habe ich richtig zu stellen, daß das Kartell nicht entfernt daran denkt, die Gründe der Vertrauensleute bezu. die Vereinfachung, welche zu dem fulminanten Beschlusse geführt haben, ohne gefragt oder gehört worden zu sein, sich anzupassen. Nur die vom Kartell angebotene Vermittlung, betreffend eine nochmalige Sitzung unter Ein-zuziehung aller in Betracht kommenden Zeugen, einschließlich des Kartellausschusses, mußte auf Grund der ablehnenden Antwort als gescheitert und somit für das Kartell als erledigt angesehen werden. Daraus kann aber Genosse Piepmann unmöglich folgern, das Kartell hätte sich die Gründe der Vertrauensleute zu eigen gemacht. Jonny Hinrichsen.

Die Schlächtergesellen Berlin nahmen in einer am Donnerstag, den 23. d. M., abgehaltenen öffentlichen Versammlung Stellung zur Biedererrichtung der unentgeltlichen Arbeitsvermittlung und zur Einführung des 12 stündigen Arbeitstages. Das einleitende Referat zu beiden Punkten hielt Verhandlungsvorsitzender B. Gensel. In seinen Ausführungen wies er unter andrem auf die Arbeitsvermittlung in früheren Jahren hin. Ferner erklärte er, daß der Ausbeutung der Notlage der arbeitslosen Schlächtergesellen, durch strapulose private Stellenvermittlung, noch immer keine zureichende Beschränkung auferlegt sei, denn auch heute betreiben diese Art Menschenverächter ihre Geschäfte in Gastwirtschaften und an öffentlichen Orten, trotz des gesetzlichen Verbotes. Mit dem Arbeitsnachweis der Innung steht es ähnlich so. Trotz verschiedener guter Beispiele anderer deutscher Fleischerinnungen, in Bezug auf die Einführung der Unentgeltlichkeit bei der Stellenvermittlung, lasse sich die Berliner Fleischerinnung noch immer 1 bis 8 Mark pro Stelle bezahlen. Auch die Behandlung durch den neuen Sprecher meiste sehr viel zu wünschen übrig. Der Referent empfahl, die einzelnen Meister durch ein Rundschreiben zur Stellungnahme zum unentgeltlichen Arbeitsnachweis zu veranlassen und die Antworten dann in der Lokalpresse bekannt zu geben. Nach einer sehr ausgedehnten Diskussion wurde beschlossen, daß der unentgeltliche Arbeitsnachweis des Centralverbandes so bald als möglich wieder errichtet und nach dem Bureau des Verbandes, Dragonerstr. 15, verlegt werden soll.

Beim nächsten Punkt, Einführung des 12 stündigen Arbeitstages, wurden die Schäden der übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit näher erörtert und besonders darauf aufmerksam gemacht, daß zur Zeit, ungeachtet der großen Arbeitslosigkeit, noch in vielen Werkstätten 15, 18 und hier und da an einigen Tagen selbst 20 Stunden täglich gearbeitet wird. Nachdem hierüber gleichfalls eine ausgiebige Debatte stattgefunden hatte, wurde der Beschluß gefaßt, den Reichstag und Bundesrat mittels einer näher zu begründenden Petition nochmals im baldigste reichsgezügliche Regelung der Arbeitszeit der Schlächtergesellen anzugehen.

Friedrichshagen. Am 18. Oktober hielt der Arbeiter-Bildungsverein eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Grauer-Richtenberg den Bericht vom Münchener Parteitag gab. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen desselben einverstanden. — Sodann gab der Vertrauensmann Sonnenburg seinen Jahresbericht. Die Einnahme betrug 480,75 M., die Ausgabe 404,50 M., es bleibt Bestand 82,25 M. Der Vertrauensmann wurde entlassen. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Zum Vertrauensmann wurde Sonnenburg einstimmig wiedergewählt, sein Stellvertreter ist Paul Köhler. Revisoren sind Ranz, Kramer, Langnickel, Wahn. — Mitglieder der Lokalkommission sind Reißner, Jähnke, H. Schöjan. Zur Kreisversammlung wurden delegiert Wahn, Schöjan, Kudze.

Reinickendorf. Am 23. Oktober hielt der Wahlverein seine ordentliche General-Versammlung ab, in der der Genosse Körte über Gewerbetätigkeitswahlen referierte. Nach beendeter Diskussion erstattete der Vertrauensmann O. H. Bericht über seine Tätigkeit, worauf er sein Amt niederlegte. Der Vorsitzende Schumacher wurde als Vertrauensmann gewählt und dem Kassierer Leonhardt I die Verorgung der finanziellen Angelegenheiten übertragen. In die Lokalkommission wurde Lorenz II, Herms, Gorjch und Wallstein gewählt. Zu Delegierten zur nächsten Kreisversammlung wurden ernannt die Genossen Theil, Schüller, Spigler und Leonhardt I. Die bestehende Beschwerdekommision wurde aufgelöst.

Friedrichsde. In der Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins gab Genosse Grauer den Bericht vom Parteitag. Der Bericht des Vertrauensmanns ergab eine Einnahme von 168,35 M., eine Ausgabe von 130,63 M., bleibt Bestand 37,72 M. Der Kassierenbericht ergab eine Einnahme von 105,27 M., eine Ausgabe von 94,90 M., bleibt Bestand 10,37 M. Als Vertrauensmann wurde Pinfeler wiedergewählt. Für die aus-geschiedenen Vorstandsmitglieder wurden Gronwald, erster Vorsitzender, Krüger erster Kassierer, Schröder zweiter Schriftführer, zu Revisoren Thralowski und Witmann gewählt. Als Revisoren wurden Wam, Thralowski und Labbert gewählt. Ein Antrag Pinfeler, die Ab-führungen der Einnahmen an den Kreis von 20 auf 30 Proz. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen.

Strelau. Am 19. d. M. fand im Lokale von Gurck die General-Versammlung des Wahlvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erbeben von den Plätzen das Andenken unres verstorbenen Genossen Theodor Wegner. Sodann erstattete Grauer Bericht vom Parteitag. Die Versammlung erstattete sich mit den in München gefaßten Beschlüssen einverstanden. Der Vierteljahresbericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 233,51 M., eine Ausgabe von 110,80 M. und einen Bestand von 122,71 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt in Strelau 127 und in Herzfelde 52. Aus dem Jahresbericht des Vertrauensmannes war zu entnehmen, daß einer Einnahme von 307,81 M. eine Ausgabe von 400,41 M. gegenübersteht. Der Kassierer sowie der Vertrauensmann wurden entlassen. Bei den hierauf vollzogenen Neuwahlen wurde Hähnke zum Vertrauensmann, Kramm als Vorsitzender, Ferdinand Köhendorf als Kassierer, Th. Halwax als Schriftführer, die Genossen Ab. Jander, Ehr. Gumbach und Dr. Halwax als Revisoren gewählt. Die Lokalkommission besteht aus den Genossen Franz Köhendorf, Wilh. Meyer und Th. Halwax. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden Kramm, F. Köhendorf und Th. Halwax gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unterhaus.

London, 27. Oktober. (B. Z. V.) Kolonialminister Chamberlain erklärt, von der zur Wiederanstellung der Boeren auf ihren Farmen betwilligten Summe von drei Millionen Pfund Sterling sei kein Teilbetrag dazu verwendet worden, kriegsgefangene Boeren nach Südafrika zurückzubringen. Finanzsekretär des Kriegsamt, Lord Stanley, teilt mit, daß etwa 18 000 Boeren nach Afrika zurückgebracht seien. Es seien Maßnahmen getroffen, um 7000 Gefangene von Indien und Ceylon vor Ablauf dieses Jahres in die Heimat zu befördern. Der Rest der gefangenen Boeren werde bald darauf zurückgeschickt werden, falls sie den Treue leisten.

Budapest, 27. Oktober. (B. Z. V.) Ministerpräsident v. Szekely äußerte im Finanzauschuß in Bezug auf den Ausgleich, er sei nicht in der Lage erklären zu können, daß der Ausgleich denudat sicher zu stande kommen werde. Wenn er, der Minister, von den Redten des Landes etwas hätte nachlassen wollen, wäre der Ausgleich vielleicht schon zu stande gekommen. Er würde sich selbst in vertraulicher Weise nicht äußern, weil die Verhandlungen weder beendet, noch abgebrochen seien. Thatsache sei aber, daß über viele Fragen schon ein Einverständnis erzielt worden sei.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

204. Sitzung, Montag, den 27. Oktober 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Saldern, v. Podbielski. Die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes (Mindestzölle für Vieh) und der betr. Position des Zolltarifs (102) wird fortgesetzt.

Hierzu liegen eine Reihe neuer Anträge der Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) vor:

1. im Absatz 2 des § 1 des Tarifgesetzes den Minimalzoll für Rindvieh zu streichen;

2. in Post. 102 (Rindvieh) statt „18 M. für einen Doppelcentner Lebendgewicht“ zu setzen „frei“ und die von uns bereits gegebenen Anmerkungen zu streichen.

Anmerkung 2 lautet: „Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen nach näherer Bestimmung des Bundesrats Jugendliche im Alter von 2 1/2 bis 5 Jahren zum Zollsaße von 30 M. pro Stück eingelassen werden, sofern sie zum eignen Wirtschaftsbetriebe nachweislich notwendig sind.“

Im Falle der Ablehnung des obigen Prinzipalanspruches auf Zollfreiheit beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) eventuell:

1. die Worte „nach näherer Bestimmung des Bundesrats“ zu ersetzen durch die Worte „unter den vom Bundesrat vorzuschreibenden besonderen Kontrollen“.

2. statt „30 M.“ zu setzen: „20 M.“.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Auch wenn Herr v. Podbielski auf die Frage der Tierärzte nicht eingegangen wäre, so möchte ich doch einiges darüber sagen, da die Grenzsperr, das Fleischschau-Gesetz und die Zollschranken, die der neue Tarif aufrichten will, alle denselben Zweck verfolgen. Ich kann die Worte des Kollegen Webel über die Abhängigkeit der Tierärzte von den Agrariern nur vollkommen unterschreiben. In zahlreichen Zuschriften, die mir von preussischen Kreis-Tierärzten zugegangen sind, wird über diese Abhängigkeit und die schlimme Lage der Tierärzte geflagt. Auf eine Anfrage, ob die Tierärzte durch eine strikte Durchführung der veterinärpolizeilichen Vorschriften in ihrer Privatpraxis geschädigt werden würden, haben von fast 300 ausführlichen Antworten vier Fünftel in bejahendem Sinne geantwortet. (Hört, hört! links.) Ein mir im Original vorliegender Brief besagt: „Nicht wenig Kollegen erklären ganz offen, daß, wenn sie den Verfügungen der Regierung nachgeben wollten, sie mit ihren Familien hungern müßten.“ Diejenigen Tierärzte ständen sich am besten, die es verstanden, beide Augen zuzurücken. Ich will hier weitere Details nicht mitteilen, ich stelle aber die Briefe vertraulich jedem Mitglied des Hauses zur Verfügung. Wieder wird in den eingegangenen Schreiben der Kreis-Tierärzte auch auf die ganz ungenügenden Befoldungsverhältnisse dieser Beamtenkategorie hingewiesen. Wenn ein wirksamer Kampf gegen die Viehschäde geführt werden soll, müssen die beamteten Tierärzte wirtschaftlich unabhängig gestellt werden von denjenigen, deren Betriebe sie zu überwachen haben. Der Herr Minister v. Podbielski behauptete wieder, daß die Grenzsperr lediglich sanitären Zwecken dienen sollte. Keiner von uns aber verlangt eine vollständige Beseitigung der Grenzsperr, wir wünschen nur, daß sie lediglich in dem Umfange erfolge, der nötig ist, um unseren heimischen Viehstand vor der Verunreinigung zu schützen. Bis jetzt ist noch kein Fall nachgewiesen, in welchem durch die Einführung der Kontingentschweine im Inlande eine Erkrankung hervorgerufen worden wäre. Wenn das der Fall ist, so kann doch die Gefahr der Verunreinigung nicht so groß sein. (Sehr richtig! links.) Weshalb geht man übrigens nicht ebenso schief wie gegen die Schlacht Schweine auch gegen die Jagdschweine vor? In der „Internationalen Fleischzeitung“ wird berichtet, daß durch solche aus Ausland importierte Jagdschweine thalassisch ein Fall von Verunreinigung im Inlande verursacht worden ist. (Hört! hört! links.) Weiter ist mir berichtet worden, daß in Steffin bis zu diesem Jahre noch russisches Schweinefleisch eingeführt worden sei, während sonst die Grenze hermetisch verschlossen ist. Noch eine Frage hätte ich an den Herrn Staatssekretär. Es ist bekannt, daß die Damschlachtungen von der Untersuchung frei sind. Wie ist es nun im Randver. Dürfen die Landwirte den bei ihnen einquartierten Truppen dieses nicht untersuchte Fleisch vorsetzen?

Wie bei der herrschenden Fleischnot noch immer die Behauptung aufgestellt werden kann, daß die Landwirtschaft den heimischen Bedarf an Vieh decken kann, verstehe ich nicht. Das dies möglich ist, ist ja selbstverständlich. Wenn man die Schulhäuser in Trakehnen in Schweinefässer verwandelte, könnte man eine große Anzahl Schweine mehr aufziehen. (Heiterkeit.) Die Agrarier schieben die Schuld für die hohen Fleischpreise auf künstliche Preistreiber der Händler. Angefichts der Thatsache aber, daß die Fleischsteuerung eine fast internationale ist, kann von „künstlichen“ Preistreibern flüchtig nicht geredet werden. Bei uns aber sind die Preise am höchsten. Die diesseits und jenseits der Grenze bestehenden Preisunterschiede erklären ja auch die kolossale Vermehrung des Grenzverkehrs in kleinen Fleischmengen.

Die Steigerung der Fleischpreise ist vielfach zurückzuführen auf die immer mehr überhandnehmende Umgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebe in fabrikkartige Betriebe. Die Spiritus-, Zucker- und Stärkeproduktion hat die Viehzucht in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben verdrängt. Daraus resultiert die immer größer werdende Unfähigkeit der heimischen Landwirtschaft, dem Fleischbedarf der Bevölkerung zu genügen. Unter solchen Umständen noch höhere Zölle auf Vieh und Fleisch zu verlangen, das wäre lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. (Sehr gut! links.) Meine Freunde haben ein für alle Mal erklärt, daß sie weder für eine Erhöhung der geltenden Vertragszölle noch für eine Bindung durch Minimalzölle zu haben sein werden. Die Regierung möchte doch dafür sorgen, daß wenigstens Schlachthäuser in genügender Zahl in diejenigen Schlachthäuser eingelassen werden, die unter amtlicher Kontrolle stehen. (Sehr richtig! links.) Die Grenzbeschränkungen müssen auf dasjenige Maß zurückgeführt werden, das im Interesse unseres Viehstandes geboten ist. Mit Rücksicht auf das Wohl der Gesamtbevölkerung sollte die Regierung verzichten auf eine Vorlage, die so unheilvoll eingreift in die Ernährung der Bevölkerung! (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (L.):

Das für die Landwirtschaft ausschlaggebende ist weniger die Höhe der Zölle, als die Gewährleistung, daß die Zölle für Getreide und Vieh durch Handelsverträge nicht unter ein gewisses Maß herabgesetzt werden können. Die Landwirtschaft muß darüber beruhigt sein, daß diese wichtigsten Zollsaße nicht als Kompensationsmittel bei Handelsverträgen dienen. Mindestzölle für Vieh sind ebenso wichtig wie solche bei Getreide. In der Begründung der Vorlage ist nachgewiesen, daß der Fleischbedarf der Bevölkerung bei einem genügenden Zollsaße wohl von der Landwirtschaft gedeckt werden kann.

Abg. Webel hat erwähnt, der Schlussantrag der Abgg. Reichlich und Genossen sei eingebracht worden, nachdem sich auf wiederholte Probenationen noch ein sozialdemokratischer Redner zum Worte gemeldet habe. Es bestand aber kein Zusammenhang zwischen dieser Wortmeldung und dem Schlussantrage, und Abg. Webel wird mir selbst zugeben, daß die politischen Auseinandersetzungen, zu denen es zwischen einigen bayrischen Abgeordneten gekommen war, eigentlich nicht in das Plenum des Reichstags gehören. Ich hoffe ja, daß wir die Verhandlungen in geschicklicher Weise fortsetzen und zu Ende führen werden. (Beifall im Centrum, Lachen

links.) Die Statistik beweist unwiderleglich, daß die Kleinverträge der Landwirtschaft zurückgegangen sind. Wenn das aber der Fall ist, haben wir allen Grund ihr zu helfen, vor allem auch im Interesse der Arbeiter. — Daß der Abschluß von Handelsverträgen durch Mindestzölle erschwert wird, geht ich zu. Wir wünschen alle Handelsverträge, wollen aber nicht, daß die Kosten derselben von der Landwirtschaft allein getragen werden. Dagegen wollen wir die Landwirtschaft durch die in der Kommission beschlossenen Bindungen schützen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Semler (natl.):

Die Forderung des Herrn Webel, daß nach der ersten namentlichen Abstimmung der Reichsanwalt den Reichstag hätte auslösen oder sein Amt niederlegen müssen, wäre nur berechtigt, wenn wir eine parlamentarische Regierung hätten. (Abg. Webel: Habe ich ja gesagt!) Die haben wir aber nicht, sondern wir haben unsere Verfassung, daher fallen auch die Schlussfolgerungen des Herrn Webel fort. Darin bin ich mit Herrn Webel einverstanden, daß wir die Verpflichtung haben, die ganze Vorlage ordnungsgemäß zu beraten, aber daneben und trotzdem haben wir die andre Verpflichtung, diese Vorlage auch ordnungsgemäß und prompt zu erledigen, d. h. so schnell wie möglich. (Lachen links.) Alles was sich gegen diese prompte Erledigung wendet, wäre unzulässige Disruption. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Darüber wird das Volk entscheiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Stellung zu den Viehzöllen ergibt sich aus unserer Stellung zum gesamten Tarif, wir werden für die Regierungsvorlage stimmen. — Herr Webel hat in agitatorisch äußerst geschickter Weise die Wirkung der jetzigen und der künftigen Zölle auf die Volksernährung gegenübergestellt, seine statistischen Angaben sind für mich aber nicht beweiskräftig. Herr Webel führte aus: auf so und so viel Einwohner kommen so und so viel Stück Vieh. Wie ist Herr Webel zu dieser Berechnung gekommen? Jedenfalls auf die Weise, wie jetzt gewohnheitsmäßig solche Berechnungen aufgestellt werden. Da wird gesagt, in der und der Stadt wird so und so viel Vieh gebraucht, also kommt auf den Kopf der Bevölkerung so und so viel. Diese Berechnung berücksichtigt nicht, daß auf dem Lande, wie ich zugeben will: leider weit weniger Vieh gegessen wird, als in den Industriezentren. — Weiter sagte Herr Webel: Die Steigerung der Bevölkerungszahl bedeutet für die Landwirtschaft Ströme von Konsumenten und trotzdem wollen die Agrarier Zölle. Das scheint auf den ersten Blick überzeugend, ist aber grundfalsch. Sollen denn diese Ströme ins Ausland gelenkt werden? Damit das nicht geschehe, werden aber die Zölle verlangt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Dem Abg. Camp möchte ich bemerken, daß gerade die einflussreichsten unserer Landwirte und Viehzüchter einen hohen Wert auf den Abschluß von Handelsverträgen legen. Die Landwirte in Ostpreußen wollen wohl einen kräftigen Zollsaße, aber keine Zollsaße, die den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich machen. Da die Regierung aber Minimalzölle für Vieh unvereinbar mit Handelsverträgen erklärt hat, so wollen diese Landwirte lieber auf Minimalzölle für Vieh verzichten. Die Behauptung des Abgeordneten Camp, wir Nationalliberalen hätten auf die Unterstützung landwirtschaftlicher Kreise verzichtet, erkläre ich namens meiner politischen Freunde für ganz unbillig. Wir erwarten im Gegenteil von unserer landwirtschaftsfremden Haltung die weitestgehende Unterstützung dieser Kreise. Die Führer des Bundes der Landwirte freilich werden gegenüber den Landwirten, zu denen sie mit leeren Händen zurückkehren, einen schweren Stand haben. Besonders zurückweisen muß ich die persönliche Attacke des Abg. Camp gegen meinen abwesenden Freund Wassermann. Herr Camp verurteilte den Abg. Wassermann der Industrie zu denunzieren wegen seiner angeblich zu weitgehenden sozialen Fürsorge. Ich als ganz junger Abgeordneter habe mit naivem Entzücken gesehen, wie Abg. Camp bei jeder Gelegenheit mit rassistischer Entschlossenheit mir danach fragt: Was kommt dabei für meine Freunde heraus? Dieser Standpunkt mag auch seine Berechtigung haben, aber welche Politik steht höher: die des Herrn Camp oder die des Herrn Wassermann, der von seinen Freunden in der Industrie hohe persönliche Opfer verlangt? Abgeordneter Camp sollte lieber mit einer gewissen Scheu und Ehrfurcht auf den Standpunkt des Abgeordneten Wassermann sehen. Sehr interessant war es, daß Herr Spahn allerdings sehr knapp und sehr jaghaft den Versuch gemacht hat, die Festsetzung eines Mindestzollsaße bei den Viehzöllen zu rechtfertigen. Er hat aber selbst zugegeben, daß Mindestzölle den Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Und wir wissen, daß die Einführung neuer Mindestzölle den Tarif für die Regierung unannehmbar macht. Deshalb stehe ich auf dem Boden der Regierungsvorlage.

Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß eine Fleischnot nicht vorliegt und nicht vorgelegen hat. Unter Fleischnot versteht man etwas anderes. Ob eine Fleischnot vorliegt, werden wir erst nach Mitteilung der Regierungserhebungen beurteilen können. Erst dann wird sich sagen lassen, ob gewisse Erleichterungen in der Einfuhr von Vieh stattfinden sollen. Eine Aufhebung der aus sanitären Gründen verhängten Grenzsperr halten wir aber für ausgeschlossen. Der Fleischproduktion, einer Quelle des Nationalwohlstandes, muß das Risiko der Viehschäden ferngehalten werden. Die kleinen Moorbauern, die lange nicht fünf Hektar besitzen, ziehen aus ihrer kleinen Schweinezucht das Kapital, das sie zur Verbesserung ihres Bodens gebrauchen. Herr Webel ist durch sein Zahlenmaterial da zu völlig falschen Schlüssen gelangt. Gewiß sind es agrarische Interessen, aber nicht im Sinne Webels, die die Grenzsperr hervorgerufen haben. Die Landwirtschaft hat ein dringendes Interesse daran, daß ihr Viehbestand gegen Seuchengefahr geschützt werde. Ein einziger Fall von Viehschäde ist im Inlande, den ganzen Viehbestand eines Landwirtes zu infizieren und ihn in seiner wirtschaftlichen Existenz um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Ich wollte, Herr Webel hätte auch für diese Dinge das Herz, das er für andre Verhältnisse hat. Ich würde es für angebracht halten, daß im internationalen Viehhandel eine bestimmte Zoneneinteilung in der Weise eingeführt würde, daß der Verkehr von einem Region in den andern erschwert würde. Wenn die politischen Grenzen mit ihren natürlichen Beschränkungen nicht vorhanden wären, so müßte man sie — um es paradox auszudrücken — erfinden. Wie kann Herr Webel die Öffnung d. V. der holländischen Grenzen verlangen, wenn selbst das deutsche Vieh in Ostpreußen unter gewissen Bedingungen in Quarantäne genommen wird? Die Öffnung der Grenzen auf der einen Seite und die Erhöhung der Viehschäde durch das Fleischschau-Gesetz auf der andern Seite würde eine unverantwortliche Inkonsequenz bedeuten.

Abg. v. Oldenburg-Zonahausen (L.):

Ich habe zu erklären, daß meine politischen Freunde einstimmig bei der Bindung der Viehzölle stehen bleiben werden. Was die Höhe der Zölle anlangt, so ist eine Minderheit für die Anträge Wangenheim, die Mehrheit wird für die Kommissionsfassung stimmen. In der Frage der Bindung der Viehzölle könnte der Zolltarif vielleicht scheitern. Ich gebe zu, daß zu den Zeiten des Fürsten Bismarck kein Mensch daran gedacht hätte, einen Mindestzoll zu verlangen, man war überzeugt, er wird es schon machen. (Sehr richtig! und große Heiterkeit links.) Der jetzige Minimalzoll ist in der That nichts weiter als ein Zeichen des Misstrauens, das in der Landwirtschaft durch die Aera Caprivi entstanden ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir können nicht zugeben, daß die Viehzölle als Kompensationsobjekt dienen. Dem Herrn Landwirtschaftsminister möchte ich den Dank der deutschen Landwirtschaft dafür aussprechen. (Zu links.) Man spricht immer vom Schutze der kleinen Landwirte. Ich will auch den kleinen Mann schützen, aber eben auch den großen. (Zu links.) Denn es geht nur dem nicht schlecht, der keine Schulden hat, ob er ein großes oder kleines Gut hat, darauf

kommt es wenig an. Warum wenden sich die Herren, die über die Fleischsteuerung klagen, nicht mit aller Energie gegen die Schlachtsteuer in den Städten? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Haben wir ja gethan!) Zugabe ist, daß die Schweinepreise hoch sind. Der Grund liegt darin, daß das amerikanische Schmalz wegen der Mähernte in Mais kolossal im Preise gestiegen ist. Von einer Fleischsteuerung könne keine Rede sein, höchstens von einer Fleischsteuerung. Wenn aber der Schutz an der Grenze fortfallen würde, so würden unsere mühsam herangezogenen Viehstände verunreinigt werden. Dafür, daß das Vieh auch bei Öffnung der Grenze nicht billiger würde, würden schon die Fleischer sorgen. Auf ihre Treibereien ist die ganze Steuerung zurückzuführen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Baehne (fr. Sp.): Ich weiß nicht, ob der Herr Vorkreditor sich vorstellen wollte für die Stelle des ersten Vorsitzenden im Bunde der Landwirte, jedenfalls waren seine Ausführungen die konzentrierte Säure des Bündleriums. (Lachen rechts.) Der Herr ist ja noch sehr jung im Reichstag, deshalb werden wir für einzelne seiner Aeußerungen auf mildernde Umstände plädieren müssen. (Lachen rechts.) Dazu gehört seine Behauptung, die Linke habe nichts gegen die städtische Schlachtsteuer gethan. (Sehr richtig! rechts.) Gerade die Linke hat den Antrag auf Aufhebung der städtischen Schlachtsteuer gestellt. (Auf rechts: Stadtverordneten-Versammlungen!), ein Teil der Rechten aber hat gegen diesen Antrag gestimmt. (Hört! hört! links.)

Auch Herr Semler hat so, als ob wir bedingungslos die Öffnung der Grenzen verlangten. Wir wollen aber die Viehschäde aus dem Auslande nur insoweit vermehrt und erleichtert wissen, als es sich mit der Gesundheit des deutschen Viehbestandes vereinigen läßt. Woher hat denn Herr Semler die Gewissheit, daß die Regierungsvorlage noch Handelsverträge ermöglichen? Was er vom Reichsanwalt gehört hat, waren nur Ansichten und Hoffnungen, die nicht einmal von sämtlichen Bundesregierungen geteilt worden sind. Auch wir teilen diese optimistische Anschauung keineswegs.

Auch wir sind bereit, die deutsche Viehzucht zu schützen, halten aber die Erhöhung der Viehzölle für kein geeignetes Mittel dazu. Dänemark und England, in denen die Viehzucht in hoher Blüte steht, haben keine Viehzölle. Erhöhte Zölle lassen sich zur Rot mit einem Ausgange entweder der Produktion oder des Preises begründen. Keins von diesen beiden Motiven trifft aber bei den Viehzöllen zu. Die Viehproduktion hat zugenommen, aber diese Zunahme hat nicht Schritt gehalten mit der Vermehrung der Bevölkerung. Diese Bevölkerungszunahme aber ist entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Wie kann man das Vorhandensein einer Fleischnot leugnen? Sind etwa die Aushebungen der Kommunen lauter Phantasiegebilde? Ich möchte bitten, die von der Regierung angeordneten Erhebungen möglichst zu beschleunigen. Der Verwaltungsdirektor des Berliner Schlachthofes hat vor kurzem für Berlin einen Mangel an Schlachtwiehl konstatiert, wie er nach seinen Erfahrungen bisher noch nicht vorgekommen ist. Die Regierung hat die unabweisbare Pflicht, diejenigen Bestimmungen zu treffen, die diesem Mangel abhelfen können, und diejenigen Bestimmungen zu beseitigen, die diesen Mangel verschärfen müssen. Mit dem Fleischschau-Gesetz müssen wir uns abfinden. Die Gesundheitschädlichkeit der Vorläure ist aber noch keineswegs unzweifelhaft festgestellt. Die Folge der Grenzsperr ist eine Steigerung der Fleischpreise; ob es auch der Zweck der Sperr ist, lasse ich dahingestellt. Die Regierung ist ja in dieser Beziehung sehr empfindlich. (Heiterkeit links.) Die eigentümliche Art der Ausführung des Fleischschau-Gesetzes aber weist immer wieder den Verdacht, daß es sich dabei nicht lediglich um veterinärpolizeiliche, sondern — wichtigsten bei gewissen Infanzen — auch um protektionistische Tendenzen handelt. Wir werden dem vom Abg. Webel angeforderten Antrage, nach der Abstimmung über die Vieh- und Fleischzölle die Verhandlungen über den Zolltarif auszusetzen, den Reichstag in die Ferien zu schicken und ihn erst wieder zur Eisberatung zusammenkommen zu lassen, gern zu stimmen. Wenn Sie (nach rechts) die Beratung fortsetzen wollen, so können wir ja nichts dagegen machen. Wir bieten Ihnen nur die Gelegenheit, die Verhandlungen abzubrechen. Rechnen Sie das ab, so haben Sie die Verantwortung und wir haben unsere Pflicht gethan, um dem grausamen Spiel rechtzeitig ein Ende zu machen. Wir werden das unsrige thun, um den Tarif zum Scheitern zu bringen. Das einzige Mittel das die Finanzen des Reiches stärkt, ohne die breiten Massen mehr zu belasten, ist eine Reichs-Erbchaftsteuer. Herr Camp sprach von dem Kartell der Linken. Eine Annäherung der Sozialdemokratie an den Freisinn würde in der That für die Konservativen eine große Gefahr bedeuten. Aber was in der Theorie sehr richtig erscheint, begegnet in der Praxis großen Schwierigkeiten, noch bleibt es bei dem Ausspruch des Abg. Webel: Die Konservativen sind unsere besten Freunde. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Becker (L.):

Herr Webel hat meine Partei wegen ihrer Zustimmung zu der Grenzsperr scharf angegriffen. Es handelt sich hier gar nicht um die Grenzsperr, sondern um die Viehzölle. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Lieber die Grenzsperr werden wir bei der Beratung der Interpellation über die Fleischsteuerung sprechen. Herr Webel hat uns vorgeworfen, daß wir für die Beschlüsse der Kommission eintraten, trotzdem einzelne unserer Mitglieder große Industriebezirke vertreten. Unsere Partei treibt hier wie stets die Politik der ausgeglichenden Gerechtigkeit, wir sagen suum cuius, jedem das Seine (Abg. Stadthagen (Soz.): Es fragt sich nur, in welchem Maße!), wir werden nie dafür zu haben sein, einem einzelnen Stand auf Kosten anderer Stände besondere Vorteile zu verschaffen. (Lachen links, sehr richtig! im Centrum.) Besonders freue ich mich darüber, daß eine Reihe Nationalliberaler trotz der Eisenacher Beschlüsse für die Kommissionsbeschlüsse gestimmt haben. Eine Fleischnot besteht nicht. Es besteht nur ein Fleischmangel, da die Landwirte mit ihrem Vieh noch zurückhalten. Der Viehbestand als solcher ist vorhanden. (Lachen links.) An der Fleischsteuerung ist der Zwischenhandel schuld. Ehe das Vieh zu den Konsumenten gelangt, geht es erst durch vier bis fünf Hände. Dieser Zwischenhandel muß ausgeschaltet werden durch Gründung von Genossenschaften. Das Ailo Schweinefleisch ist im 15 Pfennig im Preise gestiegen. Da können Sie (nach links) doch nicht von einer exorbitanten Preissteigerung reden. Und auch diese geringe Steigerung wird vorübergehen: Im nächsten Jahre werden wir wieder normale Preise haben. Die Grenzsperr ist lediglich aus sanitären Gründen erfolgt. Sie hat schöne Erfolge erzielt und muß im Interesse des heimischen Viehbestandes aufrechterhalten werden. Der Viehbestand hat sich in den letzten Jahren gehoben. Wenn wir eintreffenden lohnende Fleischpreise bekommen, so wird er sich weiter heben und unsere Landwirtschaft wird in der Lage sein, den heimischen Markt allein zu versorgen. Von den 17 Millionen Stück Rindvieh sind 11 Millionen im Besitz von Kleinbauern und nur 6 Millionen im Besitz der Großbetriebe. Bei Schweinen stellt sich das Verhältnis für den Kleinbetrieb noch günstiger. Ich bin mit dem Abg. Spahn durchaus der Meinung, daß durch Minimalzölle der Abschluß von Handelsverträgen wohl erschwert, aber nicht unmöglich gemacht wird. Ich hoffe, daß eine Verständigung noch möglich ist und auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse der Tarif fertiggestellt wird. (Lachen links.) Sollte die Vorlage aber an der Unmöglichkeit einer Verständigung scheitern, so trifft die Schuld die Regierung, und sie hat dann die Verantwortung zu tragen, wenn die nationale Produktion unseres Vaterlandes schwer geschädigt wird. Diese Verantwortung ist eine sehr schwere. (Beifall im Centrum.) Hierauf wird ein Veräußerungsantrag angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Abg. Vebel (Soz.): Alle Sätze, die Herr Semler als aus meiner Rede hervorgehend vorgeführt hat, waren entweder falsch wiedergegeben oder missverstanden. Ich möchte meine Rede wiederholen, wenn ich alles berichtigen wollte. Ich beschränke mich daher auf einen besonders wichtigen Punkt. Ich habe mit keinem Worte gesagt, daß keine Seuchengefahr vom Auslande besitze und daß wir keine Maßregeln gegen diese Gefahr ergreifen sollten. Ich habe im Gegenteil wiederholt erklärt, daß wir sanitäre Maßregeln gegen das

Ausland billigen. Wir seien nicht geneigt, Fleisch von krankem Vieh zu genießen. Aber wir verlangen, daß diese sanitären Maßnahmen loyal gehandhabt würden, das heißt nicht vom agrarischen Interessensstandpunkt aus.
Abg. Camp (Sp.): Herr Semler kann mir keine Abstimmung oder Handlung nachweisen, bei der ich mit rücksichtsloser Einseitigkeit den Klassenstandpunkt der mir nahe stehenden Parteien vertreten hätte. Auch in der Kommission bin ich stets für Milderung der Gegensätze und Verständigung der Parteien eingetreten. — Den

Abg. Wassermann, den ich der Industrie „demuniziert“ haben soll schäme ich persönlich nach jeder Richtung sehr hoch. Ich habe nur gesagt, daß sein sozialpolitischer Standpunkt von der großen Mehrheit der Industriellen nicht geteilt wird.
Abg. Dr. Müller-Sagan (Fp. Sp.) erklärt gegenüber dem **Abg. v. Oldenburg,** er habe den Stand der Tierärzte keineswegs angegriffen, sondern im Gegenteil verteidigt.
 Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.
 Schluß 5^{1/2} Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 28. Oktober.
 Anfang 7^{1/2} Uhr:
 Cyrenhaus, Genesio.
 Schauspielhaus. La Tosca.
 Neues Opern-Theater. (Kroll.)
 König Heinrich der Vierte.
 Deutsches Haus.
 Berliner. Schwanen-Oper.
 Leistung. Das Theaterdorf.
 Neues. Poetie.
 Residenz. Seine Kammerzofe.
 Weihen. Ranon.
 Thalia. Charleys Tante. Vorher:
 Colli's Waiba.
 Anfang 8 Uhr:
 Central. Die Geisha.
 Schiller. O. (Wallner-Theater).
 Der Biberpelz.
 Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-
 städtisches Theater). Der Herr
 Senator.
 Carl Weich. Die Römer.
 Lullien. Der Stadttrumpeter.
 Casino. Chambragarnie. — Ein
 Sohn des Volkes. Spezialitäten.
 Kleines. Rausch. — Serenissima-
 Hofkapelle.
 Wilhelm. Der Gelbdekel.
 Bunter Theater. Tochter zu ver-
 heiraten. Der Hund. Unter Teil.
 Linn Senders.
 Metropol. Berlin Meist Berlin.
 Trianon. Die Wiederschaukel. (La
 Bascule.)
 Apollo. Rühlstraße. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Passage-Theater. Spezialitäten.
 Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
 Vorstellung.
 Palais. Berliner in Stieglitz.
 Steidl. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Urania. Taubentr. 48/49. (Im
 Theateraal) Tausend Jahre
 deutscher Kultur.
 Im Hockaal: Dr. Raff: Das Chlor
 und seine Gefahren.
 Invalidentheater 57/62. Täglich:
 Sternwarte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Dienstagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
 Eine Diebstomödie
 von Gerhart Hauptmann.
 Mittwochabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
 Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelm-
 städtisches Theater).
 Dienstagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
 v. Schöthan und Gustav Kadelburg.
 Mittwochabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in Sanssouci:
 Kottbuser-Strasse 4a:
Zola-Feier
 Vortrag über Zola: Herr M. G. Conrad aus München.
 Hierauf: **General-Versammlung.**
 Tages-Ordnung:
 Geschäfts- und Kassenbericht der Revisoren.
 Diskussion. — Antrag auf obligatorische Einführung des
 Bühnenheftes und Abgabe der Garderobe und der dadurch
 bedingten Statutenänderung. — Verschiedenes.
 Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitglieds-
 karte gestattet.
Voranzeige! Winterfest!
Humoristischer Vortragsabend
 Sonnabend, den 15. November, **Brauerei Friedrichs-**
hahn, unter Mitwirkung hervorragender Humoristen und
 Coupletsänger. Recitation: **Harcell Salzer.**
 Postmarken a 50 Pf., nur für Mitglieder, in allen Zahl-
 stellen.
Sonntag, 2. November, 2^{1/2} Uhr nachm.:
Lessing-Theater: 14. Abt.: Die Kleinbürger.
Metropol-Theater: 5/6. Abt.: Was ihr wollt.
 Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
 230/11

Neue freie Volksbühne.

Die zu Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, angekündigte
 Vorstellung „**Dr. Klaus**“ findet nicht, wie irrthümlich an-
 gegeben, im Schiller-Theater O., sondern im **Schiller-Theater N.,**
 Ehassestraße 25/26, statt. — Karten zu dieser Vorstellung sind noch in
 allen Zahlstellen (sowie beim Kassier D. Reil, Georgenstraße 22, III,
 zu haben.
I. Abteilung: Sonntag, den 9. November, nachmittags 2^{1/2} Uhr, im **Velle-Milance-Theater:**
 Erdmühle Vereins-Vorstellung.
Von Gottes Gnaden.
 Trauerspiel von Arthur Higer.
 Mitglieder zur zweiten Abteilung werden noch aufgenommen. 150/14
Der Vorstand.
II. Abteilung: Sonntag, den 16. November, nachmittags 2^{1/2} Uhr, im **Velle-Milance-Theater:**
 Erdmühle Vereins-Vorstellung.

Trianon-Theater.
 Georgenstrasse,
 zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
 Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
 Anfang 8 Uhr.

Bunter Theater
 (Ueberhöll.)
 Anfang 8 Uhr. Spandauerstraße 68.
 Tochter zu verheiraten.
 Der Hund. — Unter Teil.
 Vellung: O. Straus.
 Wiederauftreten **TINY SENDERS,**
 von
 Bozena Bradsky, Marcell Salzer,
 Bokken-Lasson.

Central-Theater
 Dienstag, 28. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
 (Musik: Mia Werber.)
 Mittwoch: Die Hebermänn. Don-
 nerstag: Die Geisha. (Freitag-
 abonnements gültig): Der Riesen-
 bacan. Sonnabend, 1. November,
 zum erstenmal: Madame Sobry.

Thalia-Theater.
 Dresdenerstrasse 72 — 73.
 Zum **Charleys Tante.**
 Guido Thielscher als Charleys Tante.
 Anfang: Charleys Tante. 8^{1/2} Uhr.
 Vorher: Cassis Pascha. Umf. 7^{1/2} Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Die
 Geisha. Sonntag: Die zärtlichen Verwandten.
 3 Uhr: Die zärtlichen Verwandten.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
Ise Römer.
 Romantisches Schauspiel in 3 Akten
 (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Ise
 Römer. Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
 Die 7 Raben. Sonntag nachmittags
 8 Uhr: Die arme Kreatur.

Wilhelm-Theater.
 Friedrichstrasse 236.
Der Goldonkel.
 Voffe in 7 Bildern von E. Vohl.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, 2. November: Nachmittags-
 Vorstellung. Halbe Kassenpreise. Das
 Rädel ohne Geld.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a,
 Station der Hochbahn.
 Donnerstag, Sonntag und
 Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Vorstellung
Tanzkränzchen.
 Entree: Sonntags 50 Pf.,
 Speertag 75 Pf., ab 9 Uhr
 30 Pf., Wochentags 30 Pf.,
 Speertag 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Urania.
 Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre
deutscher Kultur.
 Im Hockaal um 8 Uhr:
Dr. Nass: Das Chlor und seine
 Gefahren.

Sternwarte
 Invalidentrasse 57/62.
 Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.
Passage-Theater.
 Anfang Sonntags 3 Uhr,
 wochentags 8 Uhr,
Letzte Woche!
Mellinis dunkl. Geheimnis.
 La Dalys englische
Boxerinnen.
 Georgette Langée, Excentric-
 Tänzerin.
 14 erstklassige Nummern.

Luisen-Theater.
 Reichbergerstraße 31.
 Zum erstenmale:
Der Stabtrumpeter.
 Voffe mit Gesang von B. Mannstädt.
 Umf. 8 Uhr. Vorher: 10—2 Uhr, Kaffe,
 Zinmalen und Künstlerband.
 Morgen: Der Stabtrumpeter.
 Donnerstag: Hemdel. Freitag, zum
 erstenmale: Die Geisse.

Apollo-Theater.
 Um 8 Uhr:
Die brillanten Spezialitäten.
 Um 9 Uhr: Nur noch wenige Tage!
 Zum 211. Male:
Lysistrata
 Operette von Paul Lincke.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater
 (Schall und Rauch)
 Unter den Linden 44.
 Anfang 8 Uhr:
Rausch.
 Tragikomödie in 4 Akten von
 August Strindberg.

CASTANS
Panoptikum
 Friedrichstrasse 165.
 Hochaktuelle Neuheit!!
 Ein „**Boeren-Museum**“
 (Waffen, Kriegsbüste, Briefe, Do-
 kumente, Handarbeiten gefangener
 Boeren etc. etc.) Grösste Sehens-
 würdigkeit der Jetztzeit!!

Stadt-Theater.
 Ullmannstr. 47—49.
 Bernh. Rose-Theater-Ensemble:
 Dienstag, den 28. Oktober 1902:
Eva.
 Schauspiel in 5 Akten von Rich. Sob.
 Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann
 Dienstag, 28. Oktober, 7^{1/2} Uhr:
 Zum 6. Male:
Die lustigen
Heidelberger.
 Grosse Ausstattungs-Pantomime
 in 3 Abteilungen von Aug. Siems,
 Hofballetmeister, inszeniert vom
 Direktor **A. Schumann.**
Vorher: Das vorzügliche
Programm:
 Direktor Alb. Schumann mit seinen
 neuesten Monstre-Dressuren.
 Nur noch 2 Tage:
 Auftreten der
25 Geretteten von Maritiquie.

Buchhandlung des „Vorwärts“
 Linden-Strasse 69.

Unsere seit Jahren mit der Expedition verbundene
Sortiments-Buchhandlung des „Vorwärts“
 haben wir in unseren **Lindenstr. 69** wesentlich erweitert
 neuen Geschäftslokaltäten und vervollständigt.
 In erster Linie pflegen wir nach wie vor unsere
Parteiliteratur
 haben aber daneben ein reiches Lager
sozialpolitischer und nationalökonomischer Schriften
 eingerichtet, ebenso eine grosse Auswahl der besten Werke aus dem Gebiete der
Unterhaltungsliteratur, Romane, Klassiker
 in besseren und billigsten Ausgaben.
 Bücher, die infolge ihres hohen Ladenpreises für Arbeiter zu teuer waren,
 können wir in älteren und neueren Auflagen in bester Ausstattung aus allen Wissens-
 gebieten zu herabgesetzten Preisen empfehlen, besonders
Naturwissenschaftliche, Reise-, Geschichts-Werke,
Romane und Erzählungen u. s. w.
Reclam's Universalbibliothek
 sowie
Kandel's Klassiker-Bibliothek
 stets in allen Nummern vorräthig.
 Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69.

Wintergarten
 Griffin und Dubois. Excentrics.
 Duncan's dress. schott. Schäferhunde.
 „In den Alpen“, Tanzdivertissement.
Elise de Vere, Soubrette.
 Los Floridos, Spanische Tänzerinnen.
 Die 2 Freyds, „Professoru. Schüller“.
 Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.
 Sisters Carey's dressierte Papageien.
Carl Maxstadt, Humorist.
Liane de Vries, Pariser
 Soubrette.
Kara, Meister-Jongleur.
Lucie Krall, Sängerin.
 „Der Schönheitspreis“, Tan-
 z-divertissement.
Biograph“.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang: Wochentags
 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Tagesstafte 11-1^{1/2} Uhr.
 (Wochel, gildro,
 Wiltton, Max, Stiehl,
 Wenne, Kuhn, Bobs,
 mumm, Glatner u. c.)

Casino-Theater
 Rottfänger-Strasse 37.
Ein Sohn des Volkes.
 Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7^{1/2} Uhr.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Seebauerbrücke 5.
 Grösstes Vergnügungsdietal
 Berlins.
 Internationale Konzerte
 von 5 Künstler-Kapellen.
 Theater- und
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Täglich Matinee von 12—2 Uhr.

Etablissement
Buggenhagen
 am Horitzplatz.
 Heute Dienstag:
Militär-Konzert
 Elisabeth G.-Gr.-Reg. No. 8
 (Herr Brinkmann).
Im Kaiser-Saal:
Bückerburger Sänger.

Cirkus Busch.
 Dienstag, 28. Okt. abends 7^{1/2} Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
 Grosse Ausstattungs-Pantomime.
 Besonders hervorzuheben: Die
 Elefantjagd im Urwald.

!!! Spottbillig !!!
Anzugstoff-Reste
 Hosen- u. Winterpaletot-Reste,
 Reste auch für 28875
 Damen-Paletots u. Kostüme.
 Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
 Berlin, Rosstr. 2.

Dr. med. Schaper
 h. med. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
 Königgrätzerstr. 37, Spr. 9-1. 4-7.

Bett- u. Leinwäsche direkt aus
 der Wäsche-Fabrik
 in **Z. Alexander** eine Tr.
 durch d. durch d.
 Sandst. Sandst.
 1 Tr. Gr. Frankfurterstr. 102 1 Tr.
Kein Laden!
 Durch Ersparnis der Espen (5371)
enorm billige Preise
 für die besten Qualitäten.

Herren-Moden
 elegante Ausübung,
 geringe Teilzahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
 am Alexanderplatz. [54142]

Meissener
Geld-Lotterie
 zur Erinnerung d. Domes in Meissen.
 13 161 Goldgewinne baar
 ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
375000
 Hauptgewinn: 50,000 Mark
100 000
60 000
40 000
 etc. etc. etc.
 Originallosse à 3 Mark.
 Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Berliner Loose
 dar teuch. Commission L. Traubente
 a 1 Mk. 11 Loose 10 Mk.
 (Porto und Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrichstr. 161.
 Filialen: [54777]
 NW., Wilsnackerstr. 68.
 O., Andreasstr. 46a.
 SO., Oranienstr. 177.

III. Wahlkreis.

Dienstag, den 28. Oktober cr., abends 8 Uhr,
im Lokale Buggenhagen, Rorichplatz;

Volksgemeinschaft.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten v. Vollmar über: Centrum und Socialdemokratie. 2. Diskussion. 212/4
Zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen erwarten
Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein

f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten)

Dienstag, den 28. Oktober cr., abends 8 Uhr,
Gr. Frankfurterstr. 117:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Redigoren. 2. Antrag auf Abänderung des Statuts § 8. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Redigoren. 4. Vortrag des Stadtverordneten Dr. Friedberg. 5. Diskussion. 6. Verschiedenes. 244/19
Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in den Arminius-Hallen, Bremerstraße 70/71.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Bartels über: Streikrichter in das Wirtschaftsleben der letzten Jahre. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste, auch Damen, willkommen.
Zahlreichen Besuch erwartet
219/12

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902, abends 7 Uhr:

Versammlung

der Former und Gießerei-Arbeiter
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Was lehren und die letzten Streiks und Forderungen? Referent: Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu den bevorstehenden Neuwahlen des Branchenvertreter und der Egalisationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
Der wichtigsten Tages-Ordnung wegen erwarten wir, daß die Kollegen Mann für Mann erscheinen.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

d. Drahtarbeiter (Wadler, Spinner, Schlosser u. Hilfsarbeiter)
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal VIII.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Der Streik bei Heinz. 4. Verbandsangelegenheiten. 164/13
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.

Heute Dienstag, 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Wahl eines 2. Vorsitzenden. 3. Rechnungsberichte des III. Quartals. 4. Eventuelle Wahl eines Verwalters für Berlin. 5. Verschiedenes. 20/16
NB. Der Recitationsabend findet am 4. November statt.
Der Vorstand.

Oeffentlicher Vortrag

Mittwoch, den 29. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr,
in den Arminiahallen, Kommandantenstraße 20.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen über:

Arbeiterschutz und Arbeitsvertrag.

Arbeitern und Arbeiter sind hierzu zahlreich eingeladen.
Die Vertrauensperson.

Heute abend, 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20, Arminiahallen:

Sichtbilder-Frauen-Vortrag.

Welche Blutungen und Unterleibsleiden

arten in Schwindsucht aus? Ref. prakt. Frauenheilk. Grundmann.

Naturarzt. Sprechstunden 11-2, 6-8, Sonntag 10-12.

Vortrag ist für Frauen sehr wichtig. Für 20 Pf. Eintritt. Broschüre frei.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-

Arbeiter und Arbeiterinnen

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Mülbrodt,
Müllerstraße 7:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Kassensbericht. 3. Bericht der Delegierten von der Gaukonferenz. 4. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 5. Neuwahl des Gesamtvorstandes, des Gewerkschaftsdelegierten, des Bilanzhalters und dessen Stellvertreter. 6. Die Protestbewegung der Zahlstellen Hannover. 7. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Wagt eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist es, pünktlich zu erscheinen.
21/1

Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902, abends 5 1/2 Uhr, bei Keller,
Koppenstraße 29 (Großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rosenow über: Kapitalistische Heimatpolitik und proletarische Klasseninteressen. 2. Kassensbericht vom dritten Quartal. 3. Bericht über den Verlauf der Feinlerfrage. 4. Gewerkschaftliches. 206/11
Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Centralverband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Ausserordentliche Generalversammlung

aller zum Lohngebiete Berlin und Umgegend
gehörigen Verbands-Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektionen der Putzer,
Rabitzputzer und Cementierer.

Tagesordnung: Die Vorstandsliste in der letzten Generalversammlung und die event. Neuwahl
der Verbandsleitung.
Das Mitgliedsbuch legitimiert - ohne Buch kein Eintritt.
Der Zweigvereins-Vorstand. 3. H.: Karl Panser. 143/11

Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Verband der Bauarbeiter Deutschlands.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg,
Rosinenstraße Nr. 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbandsangelegenheiten. (Abstimmung über
die eingegangenen Anträge) 3. Wahl des stellvertretenden Sekretärs. 4. Verschiedenes. 34/2
Wegen Ausgabe der Statuten ist die Mitgliedskarte mitzubringen.
Der Vorstand.

Achtung! Rummelsburg. Achtung!

Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des
„Café Bellevue“, Hauptstr. 2:

Oeffentliche Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die direkten und indirekten Steuern und die gegenwärtigen Sozial-Verhandlungen im Reichstage. Referent: Reichstags-Abgeordneter W. H. Kees-Ragdeburg. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vertrauensmannes und der Redigoren. 4. Wahl der Lokalkommission.
Der wichtigsten Tages-Ordnung wegen erwartet zahlreichen Besuch, auch der Frauen
223/8

Der Einberufer.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen
Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassensbericht. 2. Abrechnung vom Herbstvergnügen. 3. Abrechnung von den Urnau-Bestellungen. 4. Abänderungs-Anträge zur Geschäftsordnung. 5. Beschlußfassung über Abhaltung eines Gantages. 6. Eventuelle Wahl von Delegierten zum Gantage. 7. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir erwarten von allen Mitgliedern, daß sie in dieser Versammlung
vollständig und pünktlich erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
24/20
Die Ortsverwaltung.

Grösste Weihnachtsmesse Berlins.

Für Schenker und Aussteller Plätze und Verkaufshände zur Weihnachts-
messe, vom 30. November bis 27. Dezember in 10 000 Personen
fassenden „Luisenhof“, Drosselstr. 34-35. Quadratmeter Bodenfläche
von 5 R. an. - Näheres: Buckowerstr. 9, im Restaurant. [54912]

Konsumverein für Schöneberg und Umgegend

in Liquidation (E. G. m. b. H.)

Aktiva. Bilanz vom 17. August 1902. Passiva.

Stoffenbestand	592,64	Mitgliederbeiträge	6658,-
Zweckbestände	2051,64	Sparfonds	56,25
Barenbestand	7442,28	Reservefonds	394,60
Kassaten	372,24	Reingewinn	3490,70
Debitoren	130,75		
	10 589,55		10 589,55

Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. Oktober 1901 361,
Eingetreten bis 17. August 1902 200, Summa 561,
Es schieden aus durch Tod, Verzug usw. bis 30. September 1902 70,
bleibt Mitgliederbestand am 1. Oktober 1902 491,
Die Mitglieder-Quoten vermehrten sich im Geschäftsjahr 1901/1902
von 4688,50 auf 6658,24, also um 1969,74 R. - Die Gesamtsumme der Mit-
glieder hat sich von 11 529 auf 16 830 R., also um 5301 R. vermehrt.
Schöneberg, den 15. Oktober 1902. 127/15

Die Liquidatoren:

Hermann Meiling, Otto Reiche, Otto Kuhlmeij,
Der Aufsichtsrat: Hermann Plättrich.

General-Versammlung

Freitag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Obst,
Meiningerstrasse.

Tages-Ordnung: 1. Rechnungsbericht. 2. Genehmigung der
Bilanz und Verteilung des Reingewinns.
Die Liquidatoren: Hermann Meiling, Otto Reiche, Otto Kuhlmeij.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaka.

Specialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen.

Orts-Krankenkasse

der Stadt Schöneberg.

Befanntmachung.

Infolge Ablaufs der Wahlperiode
hat für die Jahre 1903/1904 die Neu-
wahl der Vertreter der General-
versammlung zu erfolgen. Zweck
Bestimmung der Anzahl der Vertreter
ist der am 16. Oktober 1902 vor-
handene Mitgliederstand zu Grunde
zu legen; derselbe beträgt 12 353,
wovon 84 287 freiwillige Mit-
glieder befinden. Hiernach sind gemäß
§ 48 des Statuts vom 22. August 1901
zu wählen.

Seitens der Arbeitnehmer:
62 Vertreter, 31 Stellvertreter,
seitens der Arbeitgeber:
31 Vertreter, 16 Stellvertreter.

Die Wahlen finden statt:
im Kassenlokal, Hauptstraße 8,
und zwar:

für die Arbeitnehmer
am Mittwoch, den 29. Oktober 1902,
von 5-9 Uhr abends,
für die Arbeitgeber
am Donnerstag, den 30. Oktober 1902,
von 4-8 Uhr abends.

Die Wahlen sind geheim und werden
durch Stimmzettel vorgenommen.

Die Mitglieder werden er-
sucht, ihre Mitgliedskarte gleich
Legitimation mitzubringen.

Auf dem Stimmzettel sind die Ver-
treter bezw. Stellvertreter als solche
deutlich zu bezeichnen. 275/17

Im übrigen wird auf die Be-
stimmungen der §§ 48, 49 des er-
wähnten Statuts hingewiesen.
Schöneberg, den 16. Oktober 1902.

Der Vorstand.
H. Böller, Ehr. Franke,
Vorsitzender. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse

der Kürschner

u. verwand. Gewerbe zu Berlin.

Freitag, den 31. Oktober 1902,
abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant
Feinb. Weinstr. 11 (Gartenplatz):

Wahlversammlung

der Herren Arbeitgeber,
welche Beiträge aus eignen Mitteln
zur Kasse zahlen.

Tagesordnung:
Wahl von 70 Delegierten auf 2 Jahre.

In demselben Tage und in dem-
selben Lokale abends 8 1/2 Uhr
(Seitenaal):

Wahlversammlung

der grossjährigen Kassamitglieder.

Tagesordnung:
Wahl von 140 Delegierten auf zwei
Jahre.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Wahlen finden gemäß der Be-
stimmungen der §§ 38 Abs. 4 bis 6,
49 und 50 statt.

Der Wahlakt beginnt Punkt 9 Uhr
und wird um 10 1/2 Uhr geschlossen.
Pünktliches Erscheinen aller Wahl-
berechtigten ist dringend notwendig.

Der Vorstand. 275/20
H. A. G. Seidenstrang.

Partei-Versammlung

für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-
Storkow-Charlottenburg

am Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saal von Osh. Schöneberg, Meiningerstraße 8.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Abg. Förster-Gamburg über die Aussichten des
Sozialist. 2. Diskussion. 3. Berichte und Neuwahlen der Vertrauensleute.
4. Verschiedenes. 203/15

Der Vertrauensmann.

Achtung, Fliesenleger!

Am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im alten Schützenhause Linienstr. 5a:

Oeffentliche Versammlung

der Fliesenleger Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Die Sonderbündel in unfremdem Beruf.
2. Diskussion.
Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht
56/10
Der Einberufer.

Achtung! Schmiede! Achtung!

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminiahallen,
Kommandantenstraße 20:

Große öffentliche Versammlung

der Schmiede Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Link über „Unfall-
versicherung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 176/3
Da der Vortrag für uns sehr wichtig ist, nachdem für das Schmiede-Gewerbe die
Unfallversicherung eingeführt ist, sehr wichtig ist, erwartet das Erscheinen
aller Kollegen
Der Gesellen-Ausschuss.

Berliner Ressource

Kommandantenstr. 57.

Kleine und große Säle für 100, 500 und 1000 Personen empfehl.
50432*
Adolf Stein,
Ein Sonnabend im Oktober und November frei.

Warum sollen Kinder Kathreiner's Malzkaffee trinken?

Weil namhafte Aerzte nachgewiesen haben, daß Bohnenkaffee den Kindern durchaus nicht zuträglich ist, während durch Kathreiner's Malzkaffee mit Milch glänzende Erfolge in dem Gedeihen der Kleinen erzielt wurden! Dieses Getränk wird von den Kindern auch dauernd gern genommen, während reine Milch oft bald widersteht und in vielen Fällen nicht gut vertragen wird.

6. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

Die Ziehung am 27. Oktober 1922, vormittags.
Aus der Urliste sind 232 Ziehungen mit den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Diese Gewähr.)
Kopfzahl verboten.

6. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

Die Ziehung am 27. Oktober 1922, nachmittags.
Aus der Urliste sind 232 Ziehungen mit den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Diese Gewähr.)
Kopfzahl verboten.

6. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

Die Ziehung am 27. Oktober 1922, nachmittags.
Aus der Urliste sind 232 Ziehungen mit den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Diese Gewähr.)
Kopfzahl verboten.

6. Ziehung 4. Klasse 207. Nat. Preuss. Lotterie.

Die Ziehung am 27. Oktober 1922, nachmittags.
Aus der Urliste sind 232 Ziehungen mit den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Diese Gewähr.)
Kopfzahl verboten.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste.

Verkäufe.
Ottobahnhof. Täglich Gelegentlich, gefundeste Lage. 163 Quadratmetern, ohne Baumgarten, verkauft sehr billig Handvermietung.
Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Garberodenhaus. August Schloß, Große Frankfurterstraße 16.
Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Haltbarkeit von 18 bis 45 Mark.
Winterpaletots, Winter-Joppen, gute Herren- und Knaben-Anzüge, fertig und nach Maß, Berufsberatung für alle Gewerke.
Hofenberg, der billige. Goldschmied, Damenaccessoires, Schmuckgegenstände, billige Preise.
Hofenberg, der billige. Knaben-Joppen 2,80; Knabenpaletots 3,50; Knabenanzüge 75 Pfennig.
Hofenberg, der billige. Beste zur Konfektion, Hülsen, Krempen, Pelze, moderne Stoffe, Sportartikel.
Hofenberg, der billige. Beste zur Konfektion, Hülsen, Krempen, Pelze, moderne Stoffe, Sportartikel.
Hofenberg, der billige. Beste zur Konfektion, Hülsen, Krempen, Pelze, moderne Stoffe, Sportartikel.

Kleine Anzeigen.

Verkauf von Waren.
Zepplische für Farbendruckfabrik.
Bredhauserfisch und alle anderen.
Möbliertes Zimmer, ein oder zwei.
Möbliertes Zimmer für Herren.
Möbliertes Zimmer für Damen.
Schlafstellen.
Stellenangebote.
Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede.
Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede.
Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede.

Anzeigen für die nächste Nummer werden.

Anzeigen für die nächste Nummer werden.
In den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet im Habelschen Ausschank, Bergmannstr. 5/7, die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Da der Bericht sowie die Wahl des Vorstandes auf der Tagesordnung stehen, wird regelmäßiger Besuch erwartet.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 Uhr findet bei Duggenhagen am Moritzplatz eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter v. Volkmar über „Centralum und Socialdemokratie“ sprechen wird. Außerdem Diskussion. Regelmäßige Teilnahme der Genossen und Genossinnen erwünscht.

Rummelsburg. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet im Café Bellevue eine öffentliche Parteiverammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter v. Kees-Wege über direkte und indirekte Steuern und die Sozial-Verhandlungen im Reichstage sprechen wird. Ferner steht u. a. die Wahl eines Vertrauensmannes auf der Tagesordnung.

Lokales.

Gegen die Fleischvertener

Werden die städtischen Behörden von Berlin nunmehr eine Eingabe an die Minister des Innern und der Landwirtschaft richten. Gemäß dem Stadtverordneten-Beschluß vom 4. September dieses Jahres hat der Magistrat den Entwurf einer solchen Eingabe angefertigt und ihn jetzt der Stadtverordneten-Versammlung mit dem Ersuchen um Zustimmung zugehen lassen. Die Begründung und das beigefügte Zahlenmaterial sind so überzeugend, daß die Aussprüche der agrarischen Fleischwucherer verurteilt werden müßten, wenn diese Gesellschaftsform in solchen Fragen überhaupt einer andern Erwägung als der Rücksicht auf den Profit zugänglich wäre.

Daß die Fleischpreise wie fast überall im Deutschen Reich so auch in Berlin seit geraumer Zeit in außergewöhnlicher Weise gestiegen sind, wird aus den Notierungen des königl. preussischen statistischen Bureaus nachgewiesen. Hiernach kostete im September 1902 das Kilogramm Schweinefleisch 155 Pf., das sind noch 5 Pf. mehr als der Höchstpreis der letzten 10 Jahre, der sich im August und September 1892 vorübergehend auf 150 Pf. gestellt hatte. Rindfleisch kostete im September 1902 von der Seite 150 Pf. pro Kilogramm, vom Bauch 133 Pf. Diese Preise sind gleichfalls die höchsten des letzten Jahrzehnts. Kalbfleisch hat den Preis von 130 Pf. erreicht. Im April hatte es noch den Preis von 140 Pf. gehabt, der für die früheren Jahre etwa den Höchstpreis bildet. Sammelfleisch wurde im September mit 150 Pfennig bezahlt, am Jahresanfang mit 130 Pfennig. Höchstpreis in früheren Jahren war 140 Pfennig, im August und September 1900.

Nimmt man, so wird in dem Eingabe-Entwurf ausgeführt, den Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr in Berlin in Anlehnung an die Berechnungen des „Statistischen Jahrbuchs“ auf 75 Kilogramm an, so würde eine Haushaltung von nur vier Köpfen bei dem niedrigsten Monatsdurchschnittspreis für Rinderbauchfleisch, der im letzten Jahrzehnt beobachtet wurde, also bei 105 Pfennig pro Kilogramm 1902 und 1898 jährlich 315 M. für Fleisch ausgegeben haben. Nach dem Preise von Anfang 1902 würde die Ausgabe 390 M., nach dem vom September sogar 399 M. betragen, also pro Haushaltung im Jahre 45 M. bzw. 84 M. mehr. Von den Minderbemittelten wird Schweinefleisch bevorzugt, weil es fettreicher ist. Hier beträgt die Jahresausgabe pro Haushaltung nach dem bisherigen Mindestpreise von 115 Pfennig (1896) 345 M., dagegen 450 M. nach dem Preise von Anfang 1902 und 465 M. nach dem vom September, macht im Jahre 105 M. bzw. 120 M. mehr. (Stark gestiegen ist übrigens auch der Preis von Speck und Schmalz, die für die Minderbemittelten gleichfalls wesentlich in Betracht kommen.) Wie sehr solche Mehrausgaben für kleine Haushaltungen ins Gewicht fallen, ist klar. Sicherlich werden sie vielfach dadurch abzuwenden versucht, daß der Fleischverbrauch eingeschränkt wird. Die Eingabe weist darauf hin, daß das für eine Stadt wie Berlin, wo die Minderbemittelten die Mehrheit bilden, von großer Bedeutung sei. Auch der städtische Etat werde durch die hohen Fleischpreise stärker belastet, namentlich infolge der Vertenerung der Fleischlieferung für die städtischen Anstalten.

Zur Frage nach den Ursachen der Fleischteuerung wird die amtliche Reichsstatistik über Bestand und Zufuhr von lebendem Vieh herangezogen. 1892-1897 wurden jährlich 64 000 Rinder und 223 000 Schafe, 1897-1900 jährlich 48 000 Rinder und 284 000 Schafe mehr geschlachtet als ausgezogen. Schweine wurden 1892-1897 jährlich 4000 Stück und 1897-1900 jährlich 777 000 Stück mehr aufgezogen als geschlachtet, aber diese Steigerung der Schweinezucht hat nicht das Tempo an Rindern und Schafen ersehen können, zumal da in den letzten Jahren immer mehr Magerfleisch auf den Markt gelangt. Am 1. Dezember 1900 wurden 16 1/2 Millionen Schweine gezüchtet. Nach Abzug der jüngeren und der Mehrzahl der Zuchttiere bleibt für den Verbrauch etwa 6 Millionen Schweine. Da aber allein in 82 Großstädten im Jahre 1901 fast 3 Millionen Schweine geschlachtet wurden, so ist es sehr wahrscheinlich, daß der Vorrat vom 1. Dezember 1900 im ersten Halbjahr 1901 bereits verbraucht und neue Aufzucht bis jetzt nicht genügend beschafft worden ist. Dazu kommt, daß auch die geschlachteten Rinder jetzt nicht mehr das frühere Schlachtgewicht haben. Schafe sind in den letzten 30 Jahren von 25 Millionen bis auf 9 1/2 Millionen zurückgegangen und kommen übrigens für die Ernährung der Minderbemittelten immer weniger in Betracht.

Je weniger nun, sagt die Eingabe, die deutsche Landwirtschaft im Stande ist, den Fleischbedarf selber zu decken, um so wichtiger wird die Frage der Einfuhr. Bei Rindvieh ist die Mehrzufuhr nur wenig, jedenfalls nicht in ausreichendem Maße gestiegen. Schafe kommen seit langem nicht mehr für die Einfuhr, sondern nur für die Ausfuhr in Betracht, und Schweine sind in den letzten Jahren pro Jahr keine 100 000 Stück mehr eingeführt worden, gegenüber 800 000 noch zu Anfang der 90er Jahre.

Nachgewiesen wird, wie sehr infolgedessen die Schlachtungen in Berlin zurückgegangen sind. In den ersten 6 Monaten von 1902 (bzw. von 1901 und 1900) wurden geschlachtet: 122 609 (138 372, 130 477) Rinder, 122 830 (128 801, 126 901) Kalber, 302 581 (333 447, 336 557) Schafe, 561 167 (606 293, 610 007) Schweine. Dieser Rückgang hat nicht ausgeglichen werden können durch die Einfuhr von Fleisch, Speck usw., weil diese immer erst ein Siebentel des ganzen Fleischverbrauches ausmacht.

Zur Bekämpfung des Fleischmangels wird Erleichterung der Zufuhr von lebendem Vieh verlangt, namentlich Milderung der Einfuhrverbote, da eine Gefahr der Seucheneinführung nur noch wenig oder gar nicht mehr besteht, völlige Aufhebung der Einfuhrverbote für Schweine aus Dänemark und Ostpreußen, daneben eine Ermäßigung der Eisenbahn-Frachtätze für Viehförderung, wenigstens für die Dauer des Fleischmangels und der Fleischteuerung.

Die Aktion

zu Gunsten des „Vorwärts“ sowie des neuen von der Berliner Partei ins Leben gerufenen Unternehmens hat am Sonntag mit der gewohnten Präzision stattgefunden. Tausende von Parteigenossen Berlins und der Vororte fanden sich zu früher Stunde an den bekannten Stellen ein, um ihrer Ehrenpflicht, das eigne Unternehmen zu fördern, zu gedenken. In einer Auflage von 750 000 Exemplaren wurden die Flugblätter von Haus zu Haus verbreitet, hoffend, daß so mancher Arbeiter sich auf seine Massenlage besinnend und eudlich die sogenannte „unparteiische“ Masspresse mit dem einzigen Arbeiterorgan Berlins, dem „Vorwärts“, vertauscht.

In der Angelegenheit des ausgewiesenen Musikkritikers Nikolaus Bernstein ist nunmehr eine Ausklärung erfolgt und zwar durch — die hiesige Polizeibehörde. Das Polizeipräsidium läßt offiziell erklären, daß niemals ein Besuch hiesiger Musikritiker, welches die Ausweisung Bernsteins forderte, bei ihm eingegangen sei, ein solches Gesuch also auch zu der Ausweisung nicht die Veranlassung gegeben habe. Ebenso erklärt die Hamburger Polizei eine Erklärung, in welcher die von Herrn Wolfradt in der Mitteilungschrift des Vereins zur Förderung der Kunst gegebene Darstellung „in allen Punkten für unrichtig“ erklärt wird. Es heißt in dieser Ausklärung:

„Dem Bernstein ist hier im Stadthause eröffnet worden, daß er ausgewiesen sei, ohne daß ihm weitere Gründe für diese Maßregel mitgeteilt sind. Die Ausweisung richtete sich vollstän durch den Inhalt der Akten des Berliner Polizeipräsidiums. Es ist daher auch keinem Hamburger Beamten eingekommen, die Maßregel des Berliner Polizeipräsidiums zu kritisieren und als „unbegreiflich“ zu bezeichnen. Ebenso widersinnig ist die Erzählung von dem Vertragsverhältnis, wonach der in einem Bundesstaate Ausgewiesene auch in jedem andern Bundesstaate ausgewiesen werden müsse; ein solcher Vertrag besteht nicht und ist von der Hamburger Polizeibehörde auch nicht erwähnt. Letztere hat, lediglich im den Anwalt des Bernstein in den Stand zu setzen, Material für die höheren Oerz vorzuliegenden Bescheiden zu sammeln, die Ausführung der Ausweisung vorläufig hinauszugeschieben und dem Bernstein eine Frist bis zum 1. November d. J. gewährt.“

Wir erwähnen noch, daß der Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Kunst der erwähnte Herr Heinz Wolfradt uns am 24. d. M. in der Angelegenheit eine „Mitteilungschrift“ überreichte, die wir infolge eines unabweisbaren Umstandes erst heute veröffentlichen können. Herr Wolfradt schreibt uns:

„Von mir rühren die im Bericht der Freitagnummer des „Vorwärts“ erwähnten Worte her, daß die Verschuldung der Demutisation so ungeheuerlich sei, daß es unter andern Sache der Presse wäre, die Sache aufzuklären; Vertreter der Presse seien ja mehrfach im Saale anwesend. Ein Einbild in die Versuchung gedrückt wird ja ohne weiteres die Namen der Beschwörer der Ausweisung ergeben. Ein Irrtum ist es in der Verichterstattung, daß ich von etwa zwanzig Namen der Berliner Musikritiker gesprochen haben soll. Ich sagte vielmehr Angehörigen der Presse und Kritik und erwähnte, daß ich wohl wüßte, daß Herr Bernstein sich die Unzufriedenheit und Feindschaft der Musikritiker im vollen Maße zugezogen habe. Dieses berechtigte aber doch, so verbrecherisch es an sich auch sei, zu keiner Ausweisung. Diese ganze mehr Leute an und ich sei der Meinung, daß wir gute Musikritiker in Berlin ganz gut noch gebrauchen könnten. Ich darf Sie wohl freumbüßig bitten, dieser Mitteilung den Charakter einer offiziellen Verächtigung zu entnehmen, da ich aus begrifflichen Gründen nicht den Vorwurf auf mich sitzen lassen möchte, daß ich, was mir durchaus fernlag, die zwanzig fraglichen Vertreter der Musikritiker hätte beleidigen wollen. Ich habe nur zur Untersuchung des Falles, zur Feststellung der Thatsachen beitragen wollen.“

Schließlich teilt uns Herr Wolfradt noch mit, daß er mehrere Thesen, „an welche er dieserhalb anpöcht“, verschlossen gefunden habe. Die Wichtigkeit des Herrn Wolfradt ist, so weit die Sache an sich in Betracht kommt, verhältnismäßig belanglos, denn es ist im wesentlichen gleichgültig, ob er zwanzig Musikritiker oder zwanzig Angehörige der Presse und Kritik auffordert, sich wegen einer von ihm wem auch nur referierend verbreiteten Verschuldung zu rechtfertigen. Nach allem scheint es jetzt, als ob Herr Wolfradt den ihm von Herrn Bernstein gemachten Mitteilungen Glauben geschenkt hat, ohne die notwendig gewesene Prüfung dieser Mitteilungen vorzunehmen.

Die städtische Untergrundbahn „Süd-Nord“ Berlin. Für die Bauausführung ist ein Zeitraum von vier Jahren in Aussicht genommen und zwar sollen im ersten Jahre die Arbeiten vorgenommen werden, die bei der Inangriffnahme des eigentlichen Tunnelbaues beendet sein müssen. Hierzu gehören im wesentlichen: der Abbruch der Häuser und die Unterräumung und Sicherung der Gebäudeteile und Bauwerke, die in unmittelbarer Nähe der Tunnelbaugruben liegen. Vor allem sind aber im ersten Jahre alle Leitungsverlegungen auszuführen und die Straßen nach der erfolgten Ausführung dieser Arbeiten provisorisch wieder zu pflastern. Auch ist die Zergerüstung der beiden Pfeiler der elektrischen Hochbahn und der Gräbe des Schönhauser Grabens herzustellen. In den nächsten drei Jahren soll alsdann, nach der Verlegung der Straßenbahnen, der eigentliche Tunnelbau erfolgen. Die Ausführung des Aufschüttungsbauwerkes in Schönberg und des Betriebs- und Werkstätten-Bahnhofes im Norden, sowie die Betriebseinrichtung der freien Straße, Haltestellen und Bahnhöfe vorgenommen werden. Jährlich sollen 3 1/2 Kilometer ausgeführt werden. Der für die Betriebsfertige Herstellung und Inbetriebnahme der ganzen Bahn erforderliche Aufwand ist auf 50 223 000 M. veranschlagt, davon entfallen 3 108 000 M. auf Schönberger Gebiet, 9 305 350 M. auf die Strecke von der Berliner Weichbildgrenze bis zum Sandwehrtunnel, 3 095 000 M. auf die Unterführung des Landwehrkanals, 8 578 600 M. auf die Unterführung der Spree, 8 1/2 Millionen Mark auf die Strecke Landwehrkanal bis Spree, 8 Millionen Mark auf die Strecke Spree bis Wedding, 5 890 300 M. auf die Endstrecke Wedding bis Seestraße. Der Betriebsbahnhof soll 1 600 000 M., das Straßewerk 2 790 300 M. kosten; für Betriebsmittel sind 1 745 000 M., für allgemeine Kosten 2 1/2 Millionen Mark, für Verwaltungskosten 1 1/2 Millionen Mark und für Zinsen 4 1/2 Millionen Mark vorgesehen. Davon sind 6 Millionen Mark für wieder verwendbare Grundstücke in Bezug zu bringen, so daß rund 56 1/2 Millionen Mark an Gesamtkosten verbleiben.

Zum Apothekenbesitz. Der Apothekenbesitzer Wedel in Schönberg hatte sich der dortigen Ortsklasse gegenüber am 23. April d. J. verpflichtet, die von der Krankenkasse geforderten 20 Proz. Rabatt auf Arzneilieferungen zu gewähren. Unter den Einflüsterungen seiner Kollegen erklärte Herr Wedel jedoch schon nach einigen Tagen, daß er von der Vereinbarung wieder zurückträte. Die Orts-Krankenkasse strengte nunmehr einen Prozeß auf Einhaltung des Vertrages gegen den Apotheker an und die Zivilkammer des Landgerichts II hat daraufhin dieser Tage folgendes Urteil gesprochen: Der Apotheker Wedel ist verpflichtet, den mit der Krankenkasse geschlossenen Vertrag zu erfüllen. Sein Einwand, daß er zum Abschluß des Vertrages nicht berechtigt gewesen sei, weil er sich seinen Kollegen gegenüber durch Ehrenwort anders verpflichtet habe, ist hin-

fällig, ebenso der Einwand, daß der von ihm eingegangene Vertrag gegen die guten Sitten (!) verstoße.

Das Streitobjekt wurde auf 2000 M. festgesetzt. Sache der Krankenkasse ist es nunmehr, den Schaden zu berechnen, der ihr durch den Vertragsbruch des Apothekers Wedel zugefügt worden ist und den Bezurechnen dann weiter für diesen Schaden civilrechtlich haftbar zu machen.

Die Wahl des Platzes für das Friedrichs-Realgymnasium, welches belanlicht von der Albrechtstraße nach der Tempelhofer Vorstadt verlegt werden soll, hat den Ausschuss zur Vorbereitung dieser Angelegenheit in zwei langen Sitzungen beschäftigt. Der Magistrat hat das Grundstück Rittenwalderstraße 8/37, welches ca. 4462 Quadratmeter groß ist und etwa 535 440 M. (120 M. pro Quadratmeter) kosten soll, in Vorschlag gebracht und der Ausschuss ist diesem Antrage schließlich beigetreten, trotzdem der Baugrund stellenweise schlecht ist und einen Mehraufwand von 18 200 M. an Fundamentkosten verursachen wird. In Betracht kam u. a. noch das Grundstück Horststraße 10, auf welchem sich bereits ein für die Direktorialwohnung passendes Gebäude befindet, sowie das Grundstück Martenbergstraße 12 (frühere Gemeindefabrik), auf welchem sich schon jetzt die Vorklassifikation des Friedrichs-Realgymnasiums befinden. Beide wurden aber schließlich für ungeeignet erklärt.

Die Absicht des Forstbesizers, die Schönholzer Heide als Privatunternehmer als Bauland zu verkaufen, soll aufgegeben sein. Man hat die Verhandlungen mit der Kauffirma, die für den Erwerb der Heide in Frage kam, abgebrochen. Dessenungeachtet ist die Erhaltung des Waldbestandes in seinem heutigen Umfang leinestwegs gesichert. Es soll der Plan bestehen, das Gelände der Schönholzer Heide in späteren Jahren zu städtischen Zwecken zu verwenden, doch liegen in dieser Beziehung noch keine bestimmten Beschlüsse vor. Die an der Schönholzer Forst angrenzenden Vorortgemeinden, welche belanlicht alle gegen die Abholzung petitioniert haben, wollen nach wie vor verbergen, den Wald zu erhalten und haben dem Fiskus infolern Schwierigkeiten in Aussicht gestellt, als sie sich gegebenenfalls weigern würden, das Waldgebiet nach seiner künftigen Erhaltung einzugeheinden, es sei denn, daß ihnen eine große Entschädigung für künftig dort zu errichtende Schulen, Kanalisationsanlagen usw. gezahlt wird. Wieder-Schönholzer verlangt beispielsweise 600 M. pro Morgen, was für das ganze Gelände 180 000 M. betragen würde.

Der „Baron von Möllendorf“ ist nicht nur ein gewandter Einbrecher, sondern, wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, auch ein Heiratstribunel und Zerscheller ersten Ranges. Wenn er einen guten „Jug“ gemacht hatte, so benutzte er Brillantringe und andre Kostbarkeiten, die er nicht „verschärfen“ konnte, dazu, junge Mädchen an sich zu locken, um ihnen später ihre Erbsparnisse abzunehmen. In einem Falle ging er noch weiter. Nachdem er mit der Tochter eines hiesigen Beamten, die in einem großen Geschäft tätig ist, belannt geworden war, ging er zu ihren Eltern und hielt um ihre Hand an. Die Leute gaben gern ihre Einwilligung und freuten sich, daß ihre Tochter mit dem „Baron von Möllendorf“ eine gute Partie machte. Nach einer Reihe von schönen Tagen aber wurde dem flotten jungen Mann das Geld knapp, da der Befehl vom Papa ausblieb. Kurz entschlossen ging er zu seinem künftigen Schwiegervater und erhielt, was er verlangte. Der Mann hatte gar keine Bedenken, denn der Schwiegersohn, der so kostbare Geschenke gemacht hatte, mußte ja ein reicher Mann sein. Nach dem großen Pönn ließ sich der Herr Baron aber nicht wieder sehen, und die Geschenke muß die Braut nun obendrein wieder herausgeben. Der Einbrecher verkehrte als Baron v. Möllendorf auch in den feinsten hiesigen Wirtschaften. Anfangs zahlte er pünktlich, sobald er aber belannt geworden war, borgte er die Kellner an und gab ihnen gestohlene Brillantringe als Pfand. Auch diese Leute haben jetzt das Nachsehen. Der Inhaber der Liebermannschen Pfandleihe dagegen ist wieder zu seinem Eigentum gekommen. Ein Teil der Brillanten wurde nachträglich noch in der Wohnung des Herrn Barons gefunden und bares Geld, das der Einbrecher im Tiergarten bei der Löwengruppe vergraben hatte, wurde dort von Kriminalbeamten „ausgebuddelt“.

Die Eingemeindung von Lichtenberg in Berlin scheint nun doch Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Die uns aus unserm Nachbarort geschrieben wird, hat Minister v. Hammerstein seine bisherige ablehnende Haltung geändert und sich zur Förderung der Eingemeindung bereit erklärt. Einem kürzlich von ihm dem Kaiser gehaltenen Vortrage in der Frage soll demnach ein weiterer folgen und dann der Beschluß der Regierung den Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden. Mit dem Stande der Angelegenheit, so schreibt man uns weiter, scheint auch die merkwürdige Zugespitztheit des Berliner Magistrats zusammenzuhängen, der, nachdem die Annahme des Eingemeindungsvertrages durch die Gemeindevertretung von Lichtenberg erfolgt war, sich noch nicht wieder gelüchert hat.

Zwei Verstümmelten werden aus zwei Nachbarhäusern zu Charlottenburg genehlet. Der 37 Jahre alte Droguist Theodor S. aus der Spreestraße Nr. 1b, der früher ein eigenes Geschäft besessen hatte und zuletzt als Schreiber in dem städtischen Krankenhaus auf Weisend beschäftigt war, hatte Sorgen um die Zukunft seiner Frau und fünf Kinder und versuchte sich in Berlin mit Ritzenberg. Im Krankenhaus am Urban erlag er der Wirkung des Giftes. — Die 24 Jahre alte Arbeiterfrau Emma K. aus der Spreestraße Nr. 1 lebt in unglücklicher Ehe, weil ihr Mann sie schlecht behandelt. Als sie ihm in der vergangenen Woche das Mittagessen nach dem Bau brachte und ihn um etwas Geld bat, mißhandelte er sie auf der Stelle. Die Frau wehrte sich nun und verwundete ihn durch einen Schlag mit der Kaffeekanne, so daß er sich verbinden lassen mußte. Seitdem kam er gar nicht mehr nach Hause. Um sich allen Widerwärtigkeiten zu entziehen, nahm die junge Frau am Sonntagabend Sublimat und wurde in bedenklichem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Der einer Schwindlerin, die im Westen der Stadt aufstauht, wird gewarnt. Vor einigen Tagen erschien bei einer in Hauke Nienbergerstr. 68 wohnenden Wäckerin eine Frau mit dem Borsprechen, daß sie eine Wäscherin suche. Sie sei Wirtschaftlerin bei einem Arzt Dr. Landauer in der Kaufstr. 6 und habe eine lohnende Arbeit zu vergeben. Die Fremde ließ sich verschiedene Wäschestücke zeigen und verstand dann unter Mitnahme eines Regenschirms. Es ergab sich, daß in dem Hause Kaufstr. 6 ein Arzt des erwähnten Namens nicht wohnt und die Person es daher auf Schwindel und Diebstahlgelegenheit abgesehen hat. Sie ist von schlanker Statur, trägt dunkle Haar und fällt beim Sprechen dadurch auf, daß ihr zwei Vorderzähne fehlen.

Ueberraschung im Tiergarten. Am Sonntagnachmittag ging ein Student der Theologie mit seiner Cousine in Tiergarten spazieren. Beide setzten sich schließlich auf eine Bank und plauderten. Plötzlich trat ein älterer, fastgebauter Mann auf sie zu und sagte: „Folgen Sie mir sofort, ich bin Sicherheitsbeamter.“ Der Student ließ sich von dem angebliden Beamten einschließen und folgte ihm einige Schritte hinter ein Gebüsch, während das Fräulein auf der Bank zurückblieb. Der „Beamte“ sagte, hinter dem Gebüsch angelangt, den schwächlichen Studenten an den Schultern, drückte ihn zu Boden und riß ihm Kette nebst Uhr fort. Jetzt erst rief der Student nach Hilfe, worauf von mehreren Seiten Passanten herbeieilten. Nun ergriff der Räuber eilig die Flucht und entkam leidet.

Nicht weniger als fünf Straßebahn-Unfälle werden vom Sonntag aus Berlin und den Vororten gemeldet: Der 23jährige Kaufmann Weigel stand gegen 11 Uhr abends mit zwei Freunden auf

dem Bürgersteige vor dem Hause Oberwallstraße 11. Die beiden Herren hielten W. fest, um ihn zu veranlassen, mit ihnen gemeinsam noch ein Glas Bier zu trinken. W. rief sich los, fiel rücklings zu Boden und schlug mit dem Kopf gegen den eisernen Trittbrettboden der in demselben Augenblick vorbeifahrenden Straßenbahn-Wagen Nr. 1310. Der Verunglückte, der eine Kopfverletzung erlitten, wurde nach der Charité gebracht. — Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahn-Wagen der Linie Daldorf-Knefelerstraße vor dem Hause Hermannstraße 32 verunglückte die Arbeiterin Vertha Steiner aus Rixdorf, Prinz-Gombertstraße 28. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und Bluterguss über dem rechten Auge und mußte dem Kreis-Krankenhaus zugeführt werden. — Beim Uebersteigen des Fahrradstamms der Schönbauer Allee lief der Privatier Karl Karl aus Pantow gegen die Vorderplattform eines Motorwagens der Linie Schönhauser Allee-Hofenheide. Der 64 Jahre alte Herr erlitt Verletzungen an Kopf und Unterschenkel. — Zwei Unfälle ereigneten sich abends auf der Charlottenburger Straßenbahnlinie Kupfergraben-Westend. Der Schlosser Dohn verlor sich gegen 11 Uhr abends in anscheinend angetrunkenem Zustande unmittelbar vor einem Accumulatorwagen das Gleichgewicht vor dem Hause Verlinterstr. 120 zu überfahren. — In gleicher Weise verunglückte eine halbe Stunde später der Schlosser Emil Scholz in der Nähe des Großen Stern. Beide erlitten Kopfverletzungen, erlitten die erste Hilfe auf der Unfallstation in der Marschstraße und konnten sich sodann nach ihren Wohnungen begeben.

Die „Typographia“ veranstaltete am Sonntag in Kellers Festsaal in der Kappelerstraße eines ihrer beliebtesten Gesangskonzerte. Die Vorträge lieferten den Beweis, daß der Gesangverein der Buchdrucker mit allen Eifer befreit ist, tüchtigste zu leisten. Von Freiheitsliedern waren nur „Frühlingstürme“ von Schullen im Programm vertreten. Paula Weinbaum als Altistin brachte einige Solostücke zu Gehör, aus denen wir „Der Blumen Raue“ hervorheben. Geradezu begeistert war das Publikum von den vorzüglichsten Leistungen des Violin-Virtuosen Alfred Wittenberg, der Beifall wollte schier kein Ende nehmen.

Feuerbericht. Im Laufe des Sonntags wurde die Wehr vielfach in Anspruch genommen. Früh 6 Uhr wurde sie nach der Adolfsstraße 1 gerufen, wo in einer Bäckerei ein Brand ausgebrochen war, dessen Abkämpfung indes bald erfolgen konnte. Gardinen und Kleidungsstücke gingen kurz vorher in der Kleinen Markstraße 9 in Flammen auf, während in der Gubenerstr. 4 Wäschestücke durch Feuer beschädigt wurden. Längere Zeit hatte die Wehr in der Wandlstr. 21 zu thun. Hier war in einem Keller aus nicht ermittelter Ursache ein Brand entstanden, der in der Hauptsache Verpackungsmaterial und Schreibmaterialien ergriffen hatte, so daß die Wehr mit einer Schlauchleitung tüchtig Wasser geben mußte, um die Flammen zu ersticken. Einen zweiten Kellerbrand hatte die Wehr nachmittags 3 Uhr am Grünen Weg 26 zu befeitigen. Kleiner Gerümpel wurde hier eingekassiert. In der Nacht zum Sonntag wurde die Wehr nach der Matthesstr. 17 gerufen. Hier war durch die Unvorsichtigkeit eines kleinen Knaben in einer Kellerwohnung ein Feuer entstanden, das fast die ganze Gasse der Kleinen Kanäle vernichtete. Sonntagvormittag hatten in der Alexandrinenstraße 84 Kartons und andere Feuer gefangen, das aber noch im Entstehen beseitigt werden konnte. In der Alexanderstraße 84 gingen Kissen und Verpackungsmaterial in Flammen auf, die jedoch auch bald erstickt wurden. Montag früh kurz nach 6 Uhr hatte die fünfte Compagnie in der Brandenburgstraße 68 im dritten Stock einen Brand abzuschließen, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Wälderstr. 18, Bülowstr. 54 und von der Posenerstr. 4 zu verzeichnen, die jedoch alle drei nur auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Der Landrat des Kreises Niederbarnim hat den Vororten bekanntlich den Rat gegeben, in Fällen, wo die Stadt Berlin durch ihr Gebiet Kanalisation, Röhren legen will, ja auf ihren Vorteil bedacht zu sein. Nun scheint es, daß manche Vororte nicht allein der Stadt Berlin, sondern auch untereinander in solchen Dingen das Leben möglichst schwer zu machen suchen. So wird berichtet, daß der Gemeinde Pantow bei der Durchführung ihrer Drainröhren durch Nieder-Schönhausen und Franz Buchholz außerordentliche Schwierigkeiten bereitet werden und der Landrat sich daher veranlaßt gesehen hat, selber die Vermittelung in die Hand zu nehmen. Solche Früchte trägt die Scharfmacherei.

Aus Spandau schreibt man uns: Einen Beweis seiner völligen Unzuverlässigkeit in allen ernsten wirtschaftspolitischen Fragen hat der Spandauer Kommunalfreimann aufs neue in der letzten Stadtverordneten-Sitzung geliefert. Am 18. September hatten die Stadt-

verordneten mit 17 gegen 14 Stimmen den socialdemokratischen Antrag betr. die herrschende „Hieisnot“ angenommen und zwar hatten die Freijüngigen damals für den Antrag gestimmt. Der Magistrat beschloß nun die Versammlung, daß er jenem Beschluß nicht zugestimmt, sondern sich seinerseits in dieser Frage an den — Regierungspräsidenten gewendet habe. Als Richteratter über dieses Schreiben des Magistrats begründete Stadt. Rieger (Soz.) noch einmal kurz und sachlich die Notwendigkeit eines Vorgehens der Gemeinderat gegen die dem Volke in der wachsenden Fleischverknappung drohenden Gefahr; er verwies auf den kolossalen Andrang der ärmsten Bevölkerung bei der „Freibank“ (d. h. beim Verkauf des von der Schlachthof-Verwaltung beanstandeten minderwertigen Fleisches) und auf das gute Beispiel zahlreicher anderer Städte. Er bekämpfte auch vor allem den Standpunkt des Magistrats und seine Auslegung des § 35 der Straßprozeß-Ordnung und stellte schließlich folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt mit Bedauern von der ablehnenden Haltung des Magistrats zu dem Beschluß vom 18. September, betreffend Maßnahmen zur Verrückung der Fleischnot, Kenntnis. Aus der Erwägung heraus, daß die vom Magistrat beschlossene Verwendung bei dem Herrn Regierungspräsidenten nicht den von der Versammlung gewünschten Erfolg haben kann, beauftragt die Stadtverordneten-Versammlung ihren Vorstand, gegen den Magistrat wegen Verletzung der erforderlichen Zustimmung den Klageweg zu beschreiten.“

Oberrichtermeister Köhler verteidigte kurz die Maßnahmen des Magistrats, ohne jedoch besonders zu überzeugen. Zum freiwilligen Verteidiger warf sich Stadt. Jenne, der Führer des „Spandauer Freijüngigen“, auf, der sich entschieden gegen den socialdemokratischen Antrag wandte. Man könne doch nur den ablehnenden Beschluß des Magistrats einfach „zur Kenntnis“ nehmen, und ihm nicht etwa ein Mißtrauensvotum aussprechen. Ueberdies habe sich die Situation wesentlich verändert (!!), denn bekanntlich habe der Reichskanzler Graf Bülow eine Antwort auf die entsprechende Interpellation der Socialdemokraten und Freijüngigen zugesagt! Stadt. Rieger trat der Auffassung der Freijüngigen scharf entgegen. Der socialdemokratische Antrag wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen untrer Genossen abgelehnt. So bewährt sich der Freijüngigen allort als Volkstreue.

In Weisenste ist vorgestern in Gegenwart des Kaiserpaares die *Ve h a n i e n s i r a c h e* eingeweiht worden, nachdem es durch Sonntagsarbeit möglich geworden war, das „Gotteshaus“ rechtzeitig fertigzustellen. Die durchaus socialdemokratisch gestimmte Bevölkerung unseres Vorortes denkt bekanntlich recht nüchtern über die neue Baukirche und hält viele andre Einrichtungen, die bisher noch nicht geschaffen worden sind, am Orte für notwendiger als eine Kirche.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 4. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine deutsche Welt. — Jakob Franke. Von August Marx. — Zur Lage des Socialismus in Frankreich. Von A. Arischewski. — Die Eisenbahnen Deutschlands und Deutschlands. Von Franz Deeger. — Der notleidende Bauer. Von August Reich. — Ullmannsche Landwirtschaft. Dr. Joseph Stempel. Ueber Kartelle. Von H. Cunow. Edward Vaillant. La législation ouvrière et l'hygiène. — Notizen: Ueber Judentum und industrielle Arbeiterethik in Ostindien.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportageur zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämtern ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Zwischenhause“ verleiht der Verlag M. Ernst in München (siehe die neue Nr. 2). Das Titelbild nennt sich „eine Audienz“. Der Hofs-König ist eine knäuelige Figur bormierter Erscheinung. Das Schlußbild „Der Jostarr“ von R. Engert zeigt ein gelbes Orakel und der Zukunft des deutschen Reichs. Der gräßlichen Ungestalt sind zu viele, denen der gute Michel direkt in den Nacken fällt. Der Inhalt geißelt die jüngsten Ereignisse.

Vermischtes.

Neues Hochwasser auf Sizilien. Infolge wolkbruchartiger Regen ist der Fluß Simeto, so meldet der Draht aus Catania, aus seinen Ufern getreten und hat auf einem Kilometer die Eisenbahnverbindung Catania-Siracusa unterbrochen. Auf den Feldern hat die Ueberflutung großen Schaden angerichtet, besonders bei der Ortschaft Vicoeca. Man befürchtet, daß auch Menschen verunglückt sind. Ein Hilfszug und Truppen sind nach dem Ueberflutungsgebiet abgegangen. Die Behörden und das Militär mußten in Rähen nach der Anglisküste heranziehen. Das Wasser erreichte

die Höhe von 5 Meter und überflutete das Land auf eine Ausdehnung von 8 Kilometer. Die Landleute der umliegenden Ortschaften sind auf die Dächer ihrer Häuser geflüchten und haben von dort Flintenschüsse als Notzeichen ab. In andren Teilen der Provinz sind die Flüsse gleichfalls ausgetreten und haben mehrfachen Schaden, namentlich in den Weinbergen, verursacht.

Wegen Nischenregen mußte die Stadt Quezaltenango in Guatemala geräumt werden. Die Einwohner flüchteten nach Totonicapan. Ein Ausbruch des Vulkan Santa Maria und andrer Berge wird gemeldet. Leichtes Erdbeben und ununterbrochenes Getöse, ähnlich dem Donner von Schnellfeuergeschützen sind seit 4 Uhr in der Nacht zum Sonnabend wahrgenommen worden. Die Hauptstadt ist bisher nicht gefährdet.

Natürliche Zuchtwahl. In unsrer überfeinerten Zeit ist es wahrscheinlich hergerückend, auf einem Gebiete, wo man es am wenigsten vermuthet, ein von aller Konvention befreites Verhalten ausgebreitet zu finden. Die „Möhringer Zeitung“ brachte dieser Tage folgende Heiratsanzeige:

Junge Witwe mit Auh und zwei Kindern sucht kräftigen Mann. Pferdeliebt bevorzugt. Näheres in Schönwäldchen bei Prägenau.

Das ist einmal unbedenklicher Erdgeruch. Wer wagt es, Nittersmann oder Knapp?

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

A. M. Ihren Brief haben wir dem Genossen Debel übermittlelt.

C. M. 7. Handlobblatt des Bundes der Handbeldarbeiter Deutschlands, Möllers „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, Chemnitz.

E. in J. Die betreffende Rede von B. wird gedruckt. Das Münchener Protokoll ist bereits fertiggestellt. Welches ist in unsrer Buchhandlung zu kaufen.

G. K. 22. Bringen Sie Ihre Beschwerde beim Polizeirevier an.

Brandstiftungen. Stellen Sie dem Herr eine angemessene Frist von etwa 10 Tagen zur Herstellung der einzeln ausgeführten Reparaturen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist klagen Sie entweder auf Herstellung der Reparaturen und Schadensersatz oder führen Sie, falls Sie Ihrer Anforderung die Drohung beigefügt haben, nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Reparaturen auf Kosten des Herrs anführen zu lassen. Ihre Drohung aus und klagen Sie auf den Verurtheilten und Schadensersatz ein.

W. 2. 1. Durch die Anbahnung von Herrn. Lindenstr. 69, können Sie jedes Recht erhalten. 2. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Durch die Klage kann allerdings ein Strafverfahren hervorgerufen werden. — A. M. Nachdem Sie sich verheiratet haben, stellen Sie den Antrag auf Rückzahlung bei dem Magistrat, Abteilung für Anwaltschaft-Versicherung, Wälderstr. 24. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie S. 445 Nr. 96 des in den Beilagen ausliegenden „Arbeiterrechts“. Vor der Heirat müssen mindestens 200 Markten geliebt sein. — P. P. 1890. 1. Ja. 2. Die Höhe des Beitrags ist von Fall zu Fall festzusetzen. Geheiliche Tagen gibt es hierfür nicht. — G. S. Köpenick. Die Schule ist im Recht. — K. P. 1. Leider.

— Bauer in Agrar. 1 bis 3: Ja. — A. 2. 100. Leider können Sie Rückzahlung des Geldes nicht verlangen. — Rixdorf 100. Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem Wortlaut Ihres Beitrags ab. Sprechen Sie mit demselben in der Sprechstunde vor. — M. 2. Der Anspruch ist leider längst verjährt. — G. K. 1. Da Sie mit Erfolg klagen können, hängt von dem genauen Inhalt der mündlichen Abrede ab. Es wäre deshalb für Sie ratsam, diese in der Sprechstunde vorzutragen. 2. Treten Sie aus. — G. 2. 41. 1 und 2: Ja. — A. 2. 28. Vom vollständeten 11 Jahre ab können Liebende ohne elterliche oder vormundschalliche Genehmigung einander heiraten. — E. R. 20. Ein solcher Beschluß ist nicht gefast, solche Prozeduren auch nicht erschienen.

Kunstkasse. M. S. G. Sch. 600 Mark. M. S. Ja. — W. 74. 1. Diese Frage ist richtig, die Berliner Gerichtspraxis bejaht sie in der Regel. — Kuchendruckerei. Eine Handarbeiter ist unzulässig, nicht frankensicherungspflichtig. Zu stehen hat der, der am ersten Wochentage beschäftigt ist. — A. 2. 00. Durch Anberaubungstheben der Biermarken flucht der dem Betreffenden das Wahlrecht nicht verloren.

— M. P. Nein, Sie könnten auf Rückzahlung klagen. — W. R. 40. Darüber, ob eine Versicherungsgesellschaft u. dergl. empfehlenswert ist, geben wir keine Auskunft. — Zuhör 100 und 102. Nein. — W. R. 1. bis 3. Rein. 4. Weiblich. — A. R. 1. Ein Anspruch wird schwer durchzuführen sein. Die Witwe soll einen Versuch gegenüber der Publizistik-Berufsgenossenschaft versuchen. 2. Erst in 2 Jahren tritt Verjährung ein. — 28. Der Betreffende soll sich direkt an das Preigekommenministerium wenden. — R. P. 26. Die frühere Steuer wäre noch keineswegs verjährt; für die Zeit von Ihrem Bezug ab sind Sie nicht mehr steuerpflichtig. Sehen Sie sich mit der zuständigen Gemeinde unter Verhängung der Cautionen über hier gezahlte Steuern mündlich auseinander und sprechen Sie eventuell mit dem zu der Angelegenheit gehörigen Cautionen in der juristischen Sprechstunde vor.

— W. P. Die Frage, ob ein Mitspieler trotz Nichtzahlens an den weiteren Klaffen teilnimmt, ist von Fall zu Fall danach zu entscheiden, ob das Mitspielen sich nur auf eine oder ob es sich auf alle Klaffen beschränken sollte. Das Hauptkriterium ist Sache der Mitspieler. — H. Wuch. Nein. — P. W. Schöneberg. Sie könnten lediglich bis am 13. zum 1. kündigen.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. Oktober 1902. Zunächst etwas wärmer, ziemlich trübe und regnerisch bei möglichen westlichen Winden; später aufklarend, etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Unser bisheriger Werkmeister Franz Wedemeyer, dem Unternehmerbau 10 Wochen vor dem heutigen 25. Jahrestage des Eintritts in die Werkstatt G. A. Hoffmann, Hut- und Nähenfabrik, die Begabung seines 25-jährigen Werkmeister-Jubiläums durch Entlassung verleiht, sollte, zu seinem wohlverdienten Ehrtrago die herzlichsten Glückwünsche! Berlin, 27. Oktober 1902. 845 Seine Freunde und ein Teil seiner bisherigen Mitarbeiter.

Dankagung. Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie den vier Vereinen meinen herzlichsten Dank. 645 Die trauernde Witwe Frau Münsterberg.

Gehrenerklärung. Unterzeichnete nimmt die am 9. 9. 02 in seinem Verfall gegen den seignen Kaufmann-Vorstand der Firma Siemens u. Halske, Charlottenburger Berg, ausgeprochenen schmerzen Verleumdungen mit dem Ausdrucks des Bedauerns zurück. Charlottenburg, 16. Oktober 1902. Julius Wegener.

Franz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2. Vereinen-Stränge, Salmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Stempel-Druckerei von 182732 Robert Hecht, Berlin S., Cronenstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung. Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Thor. 5191L* **Jos. Gremmer's Wwe.** Landshut, Bayern. Erste und Älteste **Brasiltabakfabrik** Brasilschnupstabak per Pfd. Mk. 1,70, Mk. 1,50 und Mk. 1,30. Von 6 Pfd. an franco. Staniol-Packets zum 10 Pfg. und 5 Pfg.-Verkauf. Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomb. 1,50 M. Reparatur. Umarbeit schlecht sitz. Gebisse. **Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.** (Haus Scharwachter.) Sprechst. 9-7 Uhr. Tel. VI 4401. [35/11]*

Dänischen Anker-Kautabak Feinste Marke 5 und 10 Pf. Schiffsen. Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenname mit Anker befindet. Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Grauer Weg 8. Aut. 7. 2861.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware 6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckereien: Wangelstraße 9, Kraußstraße 19, Waisenstraße 28, Waisenstraße 22, Waisenstraße 23, Waisenstraße 24, Waisenstraße 25, Waisenstraße 26, Waisenstraße 27, Waisenstraße 28, Waisenstraße 29, Waisenstraße 30, Waisenstraße 31, Waisenstraße 32, Waisenstraße 33, Waisenstraße 34, Waisenstraße 35, Waisenstraße 36, Waisenstraße 37, Waisenstraße 38, Waisenstraße 39, Waisenstraße 40, Waisenstraße 41, Waisenstraße 42, Waisenstraße 43, Waisenstraße 44, Waisenstraße 45, Waisenstraße 46, Waisenstraße 47, Waisenstraße 48, Waisenstraße 49, Waisenstraße 50.

Dr. Simmel, Pringel-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4. **Gesundheits-Pflaster** mit Aluminium-Nachschäler u. Patentl. Meise, Weich, Klud-, Schag-, lange und halblange Beschleifen, Weisenteile, Tabakbeutel, Schnupftabakbeugen, Schmalzer-Plaster, Gargaren u. Cigarettenpapier. Gomburger u. Duisburger Rauchtabak. [50711]* **Carl Schubert, Kästriner Platz 6.**

Grosser Damen-Vortrag bei Ballschmieder, Berlin N., Badstr. 16 am Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr **Frl. Minna Kube,** Directorin d. physik.-diätet. Heilstalt „Nephala“, Schülerin des schwed. Gynäkologen Thure Brandt, von Dr. med. Schulze und Dr. med. Jablonowsky (L. Wissl. des Gehörn. Prof. Dr. Waldoyer) über 1. Weniger Menschen aber glücklichere. 2. Die Zunahme der Bevölkerung und ihr Einfluss auf den materiellen und geistigen Zustand der Menschen.

Neueste wahre billige Preise per Nachnahme. **Wirtl. Salzfein.** 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50.

Restaurant Carl Grosser. An der Stadtbahn 30, 1. (Selt. Dissenstraße). [52402]* **Dicht am Alexanderplatz.** **Zwei Vereinszimmer** für 30 und 50 Personen mit Piano zu vergeben, passend für Gesangsvereine ic. Telefon: Amt III Nr. 1813. **Verfallene Pfänder.** Gold, wie Brillanten i. Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, Sauber u. schön, u. spottb. vert. Alles Gold, Silber u. getauscht u. in Zahlung gen. in der Handl. Pringelstr. 28 I, 1. u. 2. Mittelstr.

W. Schwandt, Swinemünde, Fischerei, Veringsgesch. angras, Näherei und Wärscherei-Anstalt. **Möbel** erstklassiger Qualitäten. Cassa und elegante Raten-Zahlung. Vereinigte Berliner Möbelschneider Mosevius & Zimmermann, derstr. 42 Hof, Fabrikgebäude, kein Laden.

Damen-Capes Jaquets - Saccos billiger als in jeder Herbst. Reste zu Costümen, Damen-Mänteln, zu Mänteln- u. Knaben-Sachen. **Oranienstr. 202, part.**

Achtung, Vereine! Empfehle meine günstig renovierten Säle zu Versammlungen und Feiern. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei. **Neues Klubhaus, 72, Kommandantenstr. 72.** **Lud. Müller & Co.,** Ludw. Müller & Co., Berliner-Str. 5. 1. 00000 2. 00000 3. 00000 4. 00000 5. 00000 6. 00000 7. 00000 8. 00000 9. 00000 10. 00000 11. 00000 12. 00000 13. 00000 14. 00000 15. 00000 16. 00000 17. 00000 18. 00000 19. 00000 20. 00000 21. 00000 22. 00000 23. 00000 24. 00000 25. 00000 26. 00000 27. 00000 28. 00000 29. 00000 30. 00000 31. 00000 32. 00000 33. 00000 34. 00000 35. 00000 36. 00000 37. 00000 38. 00000 39. 00000 40. 00000 41. 00000 42. 00000 43. 00000 44. 00000 45. 00000 46. 00000 47. 00000 48. 00000 49. 00000 50. 00000 51. 00000 52. 00000 53. 00000 54. 00000 55. 00000 56. 00000 57. 00000 58. 00000 59. 00000 60. 00000 61. 00000 62. 00000 63. 00000 64. 00000 65. 00000 66. 00000 67. 00000 68. 00000 69. 00000 70. 00000 71. 00000 72. 00000 73. 00000 74. 00000 75. 00000 76. 00000 77. 00000 78. 00000 79. 00000 80. 00000 81. 00000 82. 00000 83. 00000 84. 00000 85. 00000 86. 00000 87. 00000 88. 00000 89. 00000 90. 00000 91. 00000 92. 00000 93. 00000 94. 00000 95. 00000 96. 00000 97. 00000 98. 00000 99. 00000 100. 00000 **Patentanwalt Dammann,** Moritzplatz 57. Auskunft bis abends neun. [52201]*

Verantwortlich: Carl Feid in Berlin. Intercontinentl. verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Engel & Co., Berlin SW.